

SPRACHROHR



ZEITUNG FÜR MEDIEN, KUNST UND KULTUR, DRUCK UND PAPIER,
INDUSTRIELLE DIENSTLEISTUNGEN UND PRODUKTION BERLIN - BRANDENBURG

13. JAHRGANG NR. 02
17. APRIL 2003



Foto: transitiv.Polentz

Wie in Berlin am 29. März gingen weltweit Millionen auf die Straßen und sagten Nein zum Irak-Krieg der USA.

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Zum 70. Jahrestag der Zerschlagung freier Gewerkschaften

SEITE 6

Gegen Schnitte am brandenburgischen Musikschulgesetz

MITTELSEITEN:

Über Senioren und die Gewerkschaft

SEITE 12

Für frischen Wind bei Herlitz

SEITE 16

Gegen Behinderung des Betriebsrates im Druckhaus Mitte



Für zehn Mahnminuten gegen den Irak-Krieg und für den Frieden auf der Welt versammelten sich am 14. März zahlreiche Mitarbeiter der Stiftung Warentest vor dem Bürogebäude am Lützowplatz. Es wurden zwei Friedenstexte verlesen.

MAHNEN UND ERINNERN

Am 2. Mai vor 70 Jahren besetzten und plünderten Nazi-horden in ganz Deutschland die Häuser der freien Gewerkschaften und zerschlugen damit 1933 die unabhängige Gewerkschaftsbewegung. Des historischen Datums und der Lehren aus diesem Teil deutscher Geschichte wird auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Gewerkschaften in Berlin mit Vorträgen, Debatten und einem abschließenden Konzert gedacht. Alle Mitglieder unseres ver.di-Fachbereiches und Interessierte sind dazu herzlich eingeladen! (Siehe Seite 3)

Berlin ist in großer Not. Der Haushalt wird von einem gigantischen Fehlbetrag dominiert, der alles andere in den Schatten stellt. Das Land Berlin versucht, immer mehr Einrichtungen zu privatisieren, darunter die Opernhäuser und öffentlichen Kindertagesstätten. Bibliotheken und Jugendhäuser stehen ebenso auf der Streichliste wie Schwimmbäder und Freizeiteinrichtungen. Die Stadt investiert immer weniger, darunter leiden vor allem die mittelständischen Unternehmen. Auch in vielen Projekten, die bislang noch gefördert wurden, sieht es nicht viel besser aus. Den Beschäftigten bei Senat und Bezirksämtern wird Einkommen gestrichen, damit die Finanznot gelindert wird. Das alles sind Symptome, die auf ernste Probleme hinweisen. Es ist zu erwarten, dass die eigentliche Roskur noch kommt. Denn die Finanzlage wird sich eher noch verschlechtern, die Abwärts spirale immer schneller drehen.

Ist die Stadt in dieser Situation überhaupt noch in der Lage, sich selbst aus dieser Not zu befreien? Diese Frage kann wohl eindeutig verneint werden. Ohne Hilfe von außen ist die Notlage nicht mehr zu beherrschen. Ohne Hilfen des Bundes wird es weiter abwärts gehen. Die Qualität des Standortes Berlin verschlechtert sich und damit auch die Aussicht, private Investoren in die Stadt zu locken.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Region wird weiter zunehmen, ebenso die Armut.

Der Standort Berlin lebt zu einem großen Teil vom kulturellen Angebot, von den wissenschaftlichen Einrichtungen, den Instituten und den Hochschulen. Gerade diese Bereiche leiden zur Zeit

integrieren. Jeder zweite türkische Schulanfänger in Berlin spricht kaum Deutsch. Unter der gescheiterten Migrationspolitik leiden alle. Trotzdem wird im Bildungsbereich, in Kitas und Schulen weiter gespart. Die Probleme werden sich weiter zuspitzen. Die internationale Symbolfunktion

fenen Diskurs über die Zukunft Berlins einzutreten.

Berlin muss ein Symbol für ein neues Deutschland sein. Toleranz und Weltoffenheit haben hier Tradition. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass die zunehmende Verwahrlosung in der Stadt denjenigen einen Nährboden bereitet, die Gewalt und Intoleranz predigen.

Wir als Gewerkschafter/innen in der Region Berlin-Brandenburg müssen der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen absoluten Vorrang einräumen. Dabei ist Kreativität gefragt, sicher müssen dabei auch unbequeme Lösungen gefunden werden. Einstellungskorridore für junge Menschen sind nicht nur soziale Verpflichtung, sondern auch wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Abbau von Arbeitsplätzen muss auch im öffentlichen Dienst gestoppt werden. Unser Ziel muss sein, so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu halten. Daneben muss die Schaffung neuer Arbeitsplätze Vorrang haben. Eine Arbeitslosenquote von nahezu 20 Prozent in der Hauptstadt ist beispielsweise und wird nur noch von strukturschwachen ländlichen Gegenden in den neuen Bundesländern übertroffen. Die Gewerkschaften müssen die Probleme klar benennen und eine nationale Diskussion über die Rolle der Hauptstadt anregen.

AUF EIN WORT

BERLIN – EIN SYMBOL FÜR DEUTSCHLAND



Foto: Kay Hirschelmann

ANDREAS SPLANEMANN, PRESSESPRECHER DES VER.DI-LANDESBEZIRKES BERLIN-BRANDENBURG

besonders unter der Sparpolitik, die droht, viele Vorhaben und Projekte endgültig zu zerstören. Auf der anderen Seite steigen die sozialen Probleme in der Stadt weiter an.

Ein Beispiel: In Berlin leben über 400.000 ausländische Menschen. Trotzdem ist es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen, sie in die Gesellschaft zu

Berlins als Hauptstadt geht dabei völlig unter.

Auch die Gewerkschaften haben die Diskussion um die Zukunft der Stadt hinausgeschoben. Allzu lange haben auch wir uns an den regionalen Streitigkeiten beteiligt und darüber die weitere Perspektive aus den Augen verloren. Jetzt ist es dringend an der Zeit, in einen breiten und of-

BUCHTIPP

DIE OSTDEUTSCHEN ALS AVANTGARDE

BERLIN 2002

Ein provozierender Titel? „Warum sich die Ostdeutschen von der Arbeitsgesellschaft befreien müssen, um ihr Glück zu finden, und wie das gelingen könnte“, ist das 6. und letzte Kapitel unterteilt. Nanu! In den vorhergehenden Kapiteln beschreibt Engler die Situation der Menschen, die früher in der DDR gelebt (und gearbeitet!) haben, warum und wie ihre Euphorie von 1990 bei vielen zur Resignation wurde, in Ratlosigkeit und manchmal auch in Wut umschlug. Dazu verwendet der Autor neben eigenen Beobachtungen, statistischem Material und internationalen Arbeiten zu diesem Thema vor allem Zitate

aus Dokumentarfilmen, in denen Menschen teilweise über lange Zeiträume begleitet werden. Literaturzitate sind jedem Kapitel vorangestellt, von Kleist, von Uwe Johnson, Volker Braun. Dessen Erzählung „Der Werkzeugmacher“ nimmt Engler auch als Beispiel für die Einstellung zur Arbeit vor und nach 1990 und die entsprechend veränderten kollegialen Beziehungen.

„Warum Ostdeutsche ihr Scheitern nicht psychologisieren, sondern unbeirrt in soziale Begriffe fassen“, ist Kapitel 5 unterteilt. Wie etwa fühlt sich ein Mensch, der über viele Jahre eine gesicherte Arbeit im selben Betrieb hatte, und nun mit Hilfe einer befristeten „ABM“ seinen alten Arbeitsplatz abreißen muss, wissend, anschließend arbeitslos zu sein, weil er zu alt ist für den „Arbeitsmarkt“, obwohl er das Rentenalter lange noch nicht erreicht hat.

Nutzlos. Schuldig? „Anfangs machte man die Miswirtschaft der SED für die Misere verantwortlich, wenig später die Seilschaften der alten Funktionäre, dann die ihrem Namen spottende Treuhand sowie die Regierenden, die dem Ausverkauf freie Hand ließen, schließlich verständigte man sich ... auf das kapitalistische Wirtschaftssystem, den globalisierten Kapital- und Arbeitsmarkt als Urheber des Unglücks.“ Warum sollten sie sich persönlich schuldig fühlen an ihrer Lage? Umso empörender finden sie es, wenn man sie behandelt, als hätten sie sie selbst verursacht.

Im letzten Kapitel (s.o.) macht Engler Vorschläge, wie dem Dilemma zu entrinnen wäre und bringt als Vergleich den Wandel in der Einstellung der Gesellschaft gegenüber den Wehrdienstverweigerern: Waren sie anfangs mehr oder weniger geächtet, ge-

nossen sie mit steigender Anzahl (und damit einher gehenden gesetzlichen Erleichterungen) immer mehr Anerkennung. Vorausgesetzt, die Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter zu, wovon Engler begründet ausgeht, sollten sie ohne erniedrigende und schikanöse Nachweise mit einem auskömmlichen „Bürgergeld“ ausgestattet werden, was allein durch die eingesparte Bürokratie leichter aufzubringen wäre als Arbeits- und Sozialhilfe. In diesem Zusammenhang verwendet er den Begriff der Avantgarde; durch massenhafte Arbeitslosigkeit derzeit die Letzten in der sozialen Hierarchie der Bundesrepublik, könnten die Ostdeutschen Vorreiter sein in einem gesellschaftlichen Umdenkungsprozess.

Charlotte Worgitzky
Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen als Avantgarde*. Aufbau-Verlag, Berlin 2002, 207 Seiten, ISBN 3-351-02545-9, 16,90 Euro.

Konstantin Wecker im Konzert

Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften

Am 2. Mai 1933 besetzten die SA, die SS und die Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen in ganz Deutschland die Häuser der freien Gewerkschaften. Mit dieser Aktion, sie war Teil der „Gleichschaltung“ des gesamten öffentlichen Lebens, hatten die Nazis einen ernstzunehmenden politischen Kontrahenten vernichtet und einen entscheidenden Schritt auf dem verhängnisvollen Weg in die Diktatur und hin zum Krieg gemacht.

Zum 70. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften – auch das Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße, die Berliner ADGB-Zentrale am Engeldamm und das Domizil der Metallarbeitergewerkschaft in der Alten Jacobstraße wurden besetzt – erinnern die Gewerkschaften ver.di, IG Metall und der DGB am 2. Mai 2003 an das wichtige historische Ereignis. Auf der Veranstaltung im Berliner Gewerkschaftshaus der IG Metall wird der Opfer gedacht und werden geschichtliche Erfahrungen erörtert. Neben dem Blick zurück geht es aber zugleich darum, aktuelle Gefahren anzuprangern, die in unserem Land und weltweit die Menschen bedrohen: Intoleranz,



Foto: Landesbildstelle

SA beim Eilmarsch in das ADGB-Haus am Engeldamm in Berlin-Kreuzberg

Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus, Terrorismus, Gewalt und Krieg als Mittel der Politik, die Einschränkung der Menschenrechte schlechthin.

Auf einer Nachmittagsveranstaltung – ab 14.00 Uhr – wird Karl Heinz Roth (Bremen) die geschichtlichen Ereignisse darstellen und werten. Christoph Butterwege (Köln) spricht anschließend über den Zusammenhang von Globalisierung, Sozialabbau und Rechtsextremismus. Richard Stöss stellt danach Forschungen

zum Rechtsextremismus in Gewerkschaften vor.

Am Abend wird es vor dem Haus der IG Metall in der Alten Jacobstraße 149 in Berlin-Kreuzberg – Nähe U-Bahnhof Halleisches Tor – ein Konzert geben. Es treten u. a. auf: Hans, der Kleingärtner, die Klaus Renft Combo, gegen 18.30 Uhr, Konstantin Wecker und Band, etwa 19.45 Uhr, Skills en Masse & Germ sowie die Bösen Mädchen. Alle Interessierten sind zum Mitdiskutieren und Zuhören eingeladen.

Der Eintritt ist selbstverständlich frei.

In der Medien Galerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße wird ab 30. April eine Ausstellung unter dem Motto „Berliner Gewerkschaftshäuser vor dem 2. Mai 1933“ zu sehen sein. Sie wird mit Fotos, zum Teil erstmals veröffentlichten Dokumenten, Berichten sowie Begleitveranstaltungen ein wichtiges Stück Gewerkschafts- und Regionalgeschichte beleuchten und bis Anfang Juni zum Besuch einladen. **H.N.**

Wie Wirtschaft und Politik zusammenhängen

Springer-Konzernbetriebsrat sagt klares „Nein zum Krieg!“ und kritisiert Einseitigkeit

Gerade verkündete der Axel Springer-Verlag die Bilanzen 2002 und bejubelte die Rückkehr in die Gewinnzone. Nach den fast 200-Millionen-Verlusten von 2001 können die Aktionäre bei 61 Mio. Euro Gewinn für 2002 wieder eine bescheidene Dividende kassieren. Die fusionierten Hauptstadt-Blätter „Berliner Morgenpost“ und „Die Welt“ verlieren derweil weiter an Auflage. Der Gesamt- und Konzernbetriebsrat machte sich Ende März dazu seine eigenen Gedanken und schrieb einen Offenen Brief an Vorstand und Chefredakteure.

„Wir entnehmen den Blättern unseres Hauses tagtäglich eine überwiegend einseitige Berichter-

stattung über den Krieg im Irak. Er wird uneingeschränkt befürwortet, die amerikanisch-britische Regierungslinie wird kritiklos übernommen. Und dabei wird Populismus schlimmster Art betrieben“, stellen die Betriebsräte fest. Auf der anderen Seite spiegeln sich weltweite Protestaktionen gegen diesen Krieg „in unseren Blättern kaum wider“.

„Wer in unserem Hause gegen den Krieg ist, wird als Antiamerikanist gescholten“, heißt es. Beschäftigte würden daran erinnert, dass die uneingeschränkte Befürwortung des transatlantischen Bündnisses zu den Unternehmensgrundsätzen zähle. Dieses „Essential“ ist nach dem 11. Sep-

tember 2001 implizit auch Teil der Arbeitsverträge geworden. „Was ist das für eine verkehrte Welt, wenn man sich schon fast dafür entschuldigen muss, gegen diesen Krieg zu sein, gegen Zer-

Ausgewogene Berichterstattung gefordert

störung, gegen leidvolles Elend der Bevölkerung, gegen massenhaften Tod?“, fragen die Beschäftigtenvertreter. Niemand bezweifle, dass Saddam Hussein ein mörderischer Diktator sei. Doch gebe es auch für die USA „keinen völkerrechtlichen An-

spruch auf billiges Öl fremder Länder. Dass Bush sich eigenmächtig über das Völkerrecht und über die Position der meisten UN-Mitgliedsstaaten hinwegsetzt, wird zwar von der Mehrheit der Deutschen abgelehnt, in unserem Verlag aber toleriert, ja offensichtlich negiert.

Der Gesamt- und Konzernbetriebsrat appelliert an Sie, endlich für eine ausgewogene Berichterstattung über Krieg und Frieden in unseren Blättern zu sorgen. Wirtschaftliche Probleme unserer Zeitungen – und damit auch die Gefährdung vieler Arbeitsplätze – können auch mit politischen Inhalten und der Art und Weise, wie Meinung verbreitet wird, zusammenhängen.“ **red.**

Als Berlinale-Gastgeber und Netzwerker profiliert

Sinnvolles Angebot für schwierig zu erreichende Branche

In diesem Jahr gab es anlässlich der Berlinale erstmals ein eigenes ver.di-Projekt, das Café Verdinale. Wir sprachen mit der Berliner Projektleiterin von connexx.av Maike Jäger über die Resonanz des Cafés sowie die gewerkschaftlichen Arbeit im Bereich der Neuen Ökonomie.

Welches Interesse hat das Projekt beim Café Verdinale gefunden?

Viele kannten connexx.av gar nicht, begrüßten das Projekt dann allerdings im Gespräch als ein sinnvolles Angebot von ver.di für eine doch schwierig zu errei-

Großes Bedürfnis nach Austausch

chende Branche. Schließlich haben wir es mit einer zersplitterten Gruppe von Arbeitnehmern zu tun, die teils in festen, teils in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Es besteht deutlich das Bedürfnis nach Austausch und qualifizierter Beratung. Wir denken, dass zur ersten Kontaktaufnahme und zum Kennenlernen die Info-Veranstaltungen

während der Berlinale sowie der Medienstammtisch und die geplanten Berufsgruppentreffen sicherlich beigetragen haben.

Verstärkt die wirtschaftliche Krise beim Sektor der Neuen Ökonomie das Interesse an einer Organisation bei den Beschäftigten?

Zunächst ja, denn der Schock über die Krise in den Medien – und zwar nicht nur im Bereich Internet und New Economy – hat zu großer Irritation geführt. Plötzlich waren die Jobs in der Zukunftsbranche auch nicht mehr sicher. Die „freigesetzten“, also arbeitslos gewordenen Beschäftigten wendeten sich verstärkt an die Gewerkschaft, um sich beraten zu lassen. Die, die es noch nicht erwischte hatte, setzten sich für die Wahl von Betriebsräten ein. Dort, wo es schon Betriebsräte gab, bestand die Hauptaufgabe in der Krisenbewältigung – also dem Abschluss von Interessenausgleich und Sozialplänen im Zuge von Umstrukturierung und Massenentlassung.

Konnte ein dauerhaftes gewerkschaftliches Engagement erreicht werden?

Mittlerweile scheint man sich mit der Krise zu arrangieren und

wartet auf bessere Zeiten. Einige der arbeitslos Gewordenen nutzen die Unterstützung durch das Arbeitsamt, machen sich selbstständig und beantragen Überbrückungsgeld. Aber nur wenige werden sich auf dem jetzt heißen „Freien-Markt“ etablieren können. Die Konkurrenz ist groß. Die neu gewählten Betriebsräte sind nach dem konfliktreichen Krisenmanagement ausgepowert und scheinen momentan nur wenig Kraft zu haben, sich mit anderen betrieblich wich-

Viele Entlassungen verstärken Druck

tigen Themen auseinander zu setzen. Durch die vielen Entlassungen bei gleichzeitiger Zunahme von Aufträgen hat der Leistungsdruck in den Betrieben zugenommen. Die Betriebsräte, die in der Regel nicht freigestellt sind, müssen da mitmachen. Sonst verlieren sie die Anerkennung durch die Kollegen. Ein betriebliches Spannungsfeld, das an die Beratungskompetenz von connexx.av hohe Anforderungen stellt.

Wie kann connexx.av auf diesen Organisationsprozess einwirken?

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt weiterhin in der Vernetzung der Gremien untereinander,



Maike Jäger von connexx.av

damit für die Branche wichtige Absprachen möglich sind. Im Bereich der Neuen Medien verfolgen wir weiterhin das Ziel, einen Branchentarifvertrag durchzusetzen. Eine mühsame – aber unbedingt lohnende – Arbeit.

Im nächsten Jahr soll es wieder ein Café Verdinale geben. Was könnte besser laufen?

Gemeinsam mit dem ver.di-Referat „Freie“, Mediafon sowie der Fachgruppe Kunst und Kultur werden wir sicherlich weitere interessante Neuentwicklungen in absehbarer Zukunft vorstellen können. Wichtig für uns ist aber zunächst, dass connexx.av als aktiver Netzwerker und kompetenter Ansprechpartner bei arbeitsrechtlichen Fragen und beruflichen Problemstellungen wahr- und angenommen wurde. Schön war, dass sich einige spontane Gewerkschaftsbeiträge sowie Besuche des „Second Tuesday“ – unseres Stammtisches – daraus ergeben haben.

Das Gespräch führte: Peter Nowak

CONNEXX.AV: MATINEE MIT GORILLAS

BERLINER BRANCHEN-BRUNCH FÜR MEDIENSCHAFFENDE AM 18. MAI

Es ist wieder so weit. Am 18. Mai ab 11.00 Uhr lädt das ver.di-Projekt connexx.av erneut zum Brunch mit Kulturprogramm ein. Neben einem ausgewählten Frühstücksbuffet sorgen Die Gorillas, die vom „Theatersport“ bekannte Improvisationstheatergruppe des Berliner Ratibor-Theaters, für genüssliche Unterhaltung. Eingeladen sind Gewerkschaftsmitglieder und Interessierte aus den Branchen Privater Rundfunk, Film- und AV-Produktion sowie Beschäftigte aus Internet-Agenturen. Im Mittelpunkt dieses Events stehen das Kennenlernen, Erfahrungen austauschen und Netzwerken. Diverse Kooperationspartner von connexx.av werden ebenfalls anwesend sein, so dass auch Beratungskontakte geknüpft werden können. Wer an der Matinee im Dachgarten Am Märkischen Ufer (Wallstraße 61 – 65) teilnehmen möchte, meldet sich telefonisch unter 030-86 31-2417 oder via e-Mail unter berlin@connexx-av.de. Es wird ein kleiner Kostenbeitrag von 4,- Euro bei Einlass erhoben.

Aufatmen im Filmpark

Schatz übernahm Babelsberger Studiotour

Die 116 Angestellten und Saisonkräfte des Filmparks Babelsberg können aufatmen. Zum 15. März übernahm der Potsdamer Unternehmer Friedhelm Schatz (Krongut Bornstedt) von dem französischen Mischkonzern Vivendi die Studiotour. Schatz selbst ist mit dem Areal vertraut, bis 1999 war er Geschäftsführer des Filmparks. Vivendi habe den Filmpark nicht weiterführen wollen, sagt Ursula Henning, Be-

triebsratsvorsitzende des Filmparks: „Die Übernahme durch Herrn Schatz ist für uns eine echte Chance.“ Der neue Eigentümer hat bereits angekündigt, das Programmangebot auszuweiten. Einen Stellenabbau erwartet die Betriebsratsvorsitzende deshalb nicht. „Dies war eine Betriebsübernahme nach § 613a BGB. Deshalb sind Entlassungen für ein Jahr ausgeschlossen“, betont Ursula Henning. **Sil**

Der Senat soll sich bewegen

Weitere Proteste gegen Tarifdumping

Wer nicht hören will, soll fühlen. Nach dieser Devise handelten Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Öffentlichen Dienst – Beschäftigte aus Ämtern und Polizei, aus Kindertagesstätten, Schulen und Bibliotheken. Sie alle machten am 2. April – einem von ihrem Gewerkschaften organisierten „Aktions-tag“ – mit dezentralen Warnstreiks und Meetings sowie einer großen Kundgebung auf dem Marlene-Dietrich-Platz ihre Forderung klar: kein Tarifdumping, keine Sanierung der Landesfinanzen ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten.

Mit dabei waren auch etwa 30 Beschäftigte der Deutschen Oper, die an einer Protestveranstaltung vor dem Bezirksamt Charlottenburg teilnahmen. Die gesamte

Frühschicht der Werkstätten und einige andere Mitarbeiter verließen um 7.45 Uhr das Opernhaus und trafen am Rathaus auf einige Hundert weitere Protestierende. Personalratsvorsitzender Rainer Zacke-Beaucaire brachte auch die Meinung seiner Kolleginnen und Kollegen auf den Punkt, wenn er Betroffenheit über den SPD-Finanzsenator Sarrazin und seine Strategie äußerte, mit Sparvorhaben lediglich auf die Arbeitnehmer zu zielen. Auch in der Opernstrukturbedebatte, propezeit der Personalratschef, würde den Beschäftigten noch viel Stehvermögen und Engagement abverlangt werden.

Nach einer weiteren Verhandlungsrunde Mitte März hatte sich der Senat nicht auf die Gewerkschaften zu bewegen. Ein 12-Punk-

was ein Film gegen den Krieg ist. Wir haben dafür einige Kriterien entwickelt“. Demnach sei entscheidend, dass der Mensch und sein Leiden im Vordergrund stehen, nicht das kriegerische Ereignis. Ein Antikriegsfilm sei in diesem Sinn eher dokumentarischen Charakters, prangere an und verzichte auf Pathos und Heldenverehrung.

Am 23. April, 20.00 Uhr wird der Film „Schwarzer Regen“, Japan 1988, gezeigt. **ub**

HAUSTARIFVERTRAG FÜR DIE MÄRKISCHE ODERZEITUNG

Am 10. März haben sich ver.di und die Geschäftsführung der „Märkischen Oderzeitung“ in Frankfurt/Oder auf einen Haustarifabschluss für die Redakteurinnen und Redakteure geeinigt. Er sieht die Übernahme des geltenden bundesweiten Flächentarifvertrages für Redakteure an Tageszeitungen mit entsprechenden Entgelterhöhungen vor. Der Vertragsabschluss befindet sich noch in der Erklärungsfrist.



Foto: transit/C.v.Polentz

Der Unmut der Beschäftigten wächst.

te-Papier, das IG Bau, GEW, Gewerkschaft der Polizei und ver.di zuvor vorgelegt hatten, sei überwiegend nicht akzeptabel, betonte Innensenator Körting.

Er hielt am Einsparziel von 500 Mio. Euro fest. Nach Einschätzung des Senats sind 90 Mio. durch die Beibehaltung der Arbeitszeitverlängerung bei Beamten und durch den Verzicht auf Neueinstellungen einzusparen, 52 Mio. soll die nicht gewährte lineare Erhöhung bei den Tarifbeschäftigten einbringen. Allein 285 Mio. sollen mit der Strei-

chung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bei den Beamtinnen und Beamten, die durch die im Bundesrat durchgesetzte Öffnungsklausel ermöglicht wird, in die Kassen fließen.

Die Gewerkschaften stellten dagegen klar, dass sie an der Tarifbindung festhalten und eine dauerhafte Abkopplung Berlins von den bundesweiten Tarifverträgen nicht zulassen werden. Durch weitere Aktionen und Warnstreiks soll der Druck auf den Senat erhöht werden, sich doch noch zu bewegen. **neh**

AUSSTELLUNG „FILME GEGEN DEN KRIEG“

Plakate von weltbekannten Antikriegsfilmen aus den Jahren 1930 bis 2000 sind noch bis zum 25. April in der Medien Galerie zu sehen, darunter von Streifen wie „Die Brücke“, „Malevil“, „Apokalypse Now“, „Platoon“, „Geh und Sieh“ oder „Schwarzer Regen“. Zur Eröffnung zitierte Constanze Lindemann, Vorsitzende des Landesbereichs Medien, Kunst und Industrie, Erich Kästners „Das letzte Kapitel“ (1930), das die Schrecken des Krieges in bestürzender Aktualität beschreibt. „Dennoch gibt es Hoffnung angesichts der weltweiten Proteste gegen den Krieg“, sagt Lindemann, „die Länder der Erde sind sich in ihrer Ablehnung so einig wie nie zuvor.“

Kurzfristig möglich wurde die Schau durch das Potsdamer Institut für Presse und Zeitgeschichte. Die Ausstellung in der Medien Galerie ist Teil einer Dokumentation zur Friedensbewegung. Klaus-Dieter Zentgraf, Mitarbeiter des Instituts, zur Auswahl der Plakate: „Natürlich gibt es politische Diskussion darüber,

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513

Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de

Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse.



Brandenburgs MusiklehrerInnen und SchülerInnen demonstrieren in der Landeshauptstadt gegen Sparmaßnahmen.



Fotos: transit

Krach geschlagen

Brandenburg protestiert gegen scharfe Einschnitte in das Musikschulgesetz

Die brandenburgische Landesregierung in Potsdam plant im Rahmen der Haushaltskonsolidierung tiefe Einschnitte in das Musikschulgesetz. Die vorgeschriebene Landes-Zuwendung für die Musikschulen von jährlich 3,2 Mio. Euro soll auf 2 Mio. gekürzt, die Finanzierungsbalance zu Lasten der Schülerinnen und Schüler verschoben werden. Am 5. März 2003 schlugen deshalb Tausende Demonstranten Krach vor dem Potsdamer Landtag.

Vor drei Jahren hatten die Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg ihren Willen erklärt, die kommunalen Musikschulen ihres Landes gesetzlich zu verankern und finanziell zu sichern. Das wurde mit Volksinitiativen gegen den Willen von Politikern und Politikerinnen durchgesetzt.

Das Ziel war klar: Der hohe Stellenwert der Musikschule ist durch ein Gesetz zu dokumentieren; die Finanzierung ist zu sichern und damit Planungssicherheit herzustellen.

Zwar hat ver.di bereits in der ersten Fassung des Gesetzes kritisiert, dass die Finanzierung sinnvoll nur mit einer klaren Drittelverteilung auf Land, Kommune und Nutzer gesichert werden kann. Eine entsprechende Regelung scheiterte jedoch in erster Linie am Widerstand der Kommunen. Wir haben auch gemeint, dass – insbesondere bei fehlender Drittfinanzierung – der Landeszuschuss von 6,5 Mio. DM (3,2 Mio. Euro) zu gering bemessen ist.

Trotzdem konnten wir sagen: Toll! Das Land Brandenburg hat ein für die Bundesrepublik vor-

bildliches Musikschulgesetz geschaffen. Und: Festgeschriebene 6,5 Mio DM sind besser als das alljährliche Bangen und Zittern in den Haushaltsberatungen. Vor allem befanden wir uns in dem

und Schüler aus verschiedenen Musikschulen des Landes erhielten dafür Unterrichtsbefreiung. Dem Landtag wurde eine Petition überreicht, die bisher von 106.000 Menschen unterschrieben wurde.

Die Halbwertzeit von Gesetzen getestet

Glauben, dass die Halbwertzeit eines Gesetzes höher ist als die Legislaturperioden-bedingte Kurzzeitigkeit von Finanzpolitikern.

Nun werden die Musikschulen erneut zur Kasse gebeten. Und das, obwohl die Wunden von massiven Eingriffen der Vergangenheit noch nicht einmal verheilt sind: Entgelterhöhungen, Personalreduktionen, Gehaltskürzungen, Angebotseinschränkungen, Privatisierungen... All das hat den Musikschulen in Brandenburg bereits schweren Schaden zugefügt.

Natürlich ist niemand bereit, das einfach so hinzunehmen. Auf Initiative des Landesverbandes der Musikschulen und mit Unterstützung von ver.di demonstrieren am 5. März zur ersten Lesung des Haushaltsstrukturgesetzes 4000 Menschen vor dem Potsdamer Landtag gegen die geplanten Gesetzesänderungen. Einzelne Musikschulen waren gleich komplett angegeist, Schülerinnen

Im April soll die Entscheidung getroffen werden. Der Widerstand hat sich gut formiert, die Unterschriftenaktion läuft weiter. In den Musikschulen des Landes werden Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, die ersten Abgeordneten zeigen schon Nerven, weil sie mit Tausenden von Briefen bombardiert werden. Es sind übrigens dieselben Volksvertreter, die das geltende Musikschulgesetz vor zwei Jahren verabschiedet hatten.

Die landesweiten Proteste zeigen erste konkrete Erfolge: Eine für „Jugend musiziert“ verfügte Mittelsperre wurde bereits aufgehoben, für die Kürzungsabsichten haben alle Parteien eine Überprüfung signalisiert. Fieberhaft suchen die zuständigen PolitikerInnen nach anderen Geldquellen für den Landeszuschuss, Lotto und Spielbank sind dabei im Gespräch. Sogar eine völlige Rücknahme der beabsichtigten Gesetzesänderung wird inzwischen nicht mehr ausgeschlossen. Wie gut, dass Musikerinnen auf friedliche Art ganz schön laut werden können!

Stefan Gretsch

AUSZEIT BEI DER MÄRKISCHEN ALLGEMEINEN

In den laufenden Verhandlungen um einen Tarifabschluss für Redakteure an Tageszeitungen für das Land Brandenburg – er betrifft ausschließlich die „Märkische Allgemeine Zeitung“ in Potsdam – ist eine Auszeit bis maximal Ende Juni vereinbart worden. Sie soll dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung der Märkischen Verlags- und Druckgesellschaft mbH Gelegenheit geben, „Möglichkeiten der Kostenreduzierung in der Redaktion durch Arbeitsplatzteilung und Versetzung“ zu prüfen. Das soll „ressortübergreifend, zeitnah und einvernehmlich“ mit dem Ziel erfolgen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Das haben ver.di, der DJV und der Verein der Zeitungsverleger Berlin-Brandenburg im Februar mit Blick auf die „Unsicherheit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ vereinbart.

Kritischer wäre besser

Erste ordentliche ver.di-Landesbezirkskonferenz in Cottbus

Als sich am 7./8. März die Delegierten in Cottbus trafen, lag ein rundes Hundert Anträge auf dem Tisch. Sie befaßten sich mit wesentlichen Themen, beginnend bei der einhelligen Ablehnung des Irak-Krieges, gewerkschaftlichen Forderungen nach einem Vergabegesetz, der Tarifpolitik im Öffentlichen Dienst, dem Widerstand gegen den Sozialabbau bei Erwerbslosen, dem Druck für mehr Ausbildungsplätze und vielem anderen bis zur noch mangelhaften gewerkschaftlichen Umweltpolitik und der nötigen Bildungsarbeit. Auch drei Anträge unseres Fachbereichs zu Tarif- und Betriebsratsstrukturen an Bühnen und im Buchhandel wurden gebilligt.

Der Vorstand zog eine positive Bilanz der ersten 22 Monate von ver.di und konnte berechtigt auf mehrere respektable Tarifabschlüs-

se verweisen. Andreas Köhn konstatierte, dass der Mitgliederschwund geringer ist als vor der ver.di-Gründung. Doch fehlt es an Neuaufnahmen. Die Informations- und Kommunikationstechnik er-

Es ist noch ein
weiter Weg

weist sich noch immer als Bremsklotz. Strukturen sollten mehr nach den praktischen Bedürfnissen ausgerichtet werden. Nicht nur wegen des geplanten Sozialabbaus wird eine stärkere Politisierung der Organisation dringlich.

Manch andere Probleme fielen unter den Tisch. Drohende Einschnitte bei der angekündigten Gesundheitsreform wurden nicht zum Diskussionsgegenstand ge-

macht – es gab keinen Antrag. Kritik blieb überhaupt unterbelichtet. Oder lief ins Leere, wie die zweimaligen scharfen Anfragen von Peter Venus, die zustimmende Mitarbeit von Kollegin Kunkel-Weber in der Hartz-Kommission betreffend.

Bei der Wahl des neuen Vorstandes gab es einen Paukenschlag: Susanne Stumpfenhusen erhielt als Landesbezirksleiterin ein herausragendes Ergebnis, auch Andreas Köhn und Günther Waschkuhn wurden mit deutlicher Mehrheit gewählt. Doch Hartmut Friedrich fiel glatt durch; ein zweiter Wahlgang bestätigte ihn dann knapp. Für den neuen Vorstand wird dies wohl eine deutliche Verpflichtung zur offenen Diskussion sein, um Konflikte zu benennen und möglichst auszuräumen.

Annemarie Görne

Es wird ernst beim RBB

Kein Überleitungstarifvertrag vor der Senderfusion



Foto: transit

Ein Gang durchs Plakatspalier und über 1700 Unterschriften.

Den Roten Teppich ersetzte ein Fahnen Tuch mit Unterschriftslisten, und das Schilder-Spalier, das den Arbeitgebervertretern den Weg zu den Verhandlungen wies, war mit Forderungen gespickt. So eingestimmt gelangten die Arbeitgebervertreter am 28. März in Potsdam-Babelsberg in eine neuerliche Verhandlungsrunde um einen „Überleitungstarifvertrag“ für die neue Sendean-

stalt RBB. Beschäftigte, auch freie Mitarbeiter, und ihre Gewerkschaften ver.di und DJV bekräftigten ihre Forderung, beim Zusammenschluss von ORB und SFB zur neuen Sendeanstalt die Rechte der Beschäftigten zu sichern und Tarif-Dumping nicht zuzulassen. Die Gewerkschaften haben den Entwurf eines Überleitungstarifvertrages vorgelegt, der die Weiterbeschäftigung von Festan-

gestellten und freien Mitarbeitern von ORB und SFB als Garant für die Programmqualität betrachtet und eine Vereinheitlichung von Einkommen und Honoraren vorsieht, dabei aber das höhere SFB-Niveau im Blick hat.

Eine Einigung ist vor der Fusion am 1. Mai und dem Amtsantritt von Intendantin Dagmar Reim nicht mehr möglich. Die Geschäftsleitungen mauern. Statt klarer Regelungen für die Zukunft der Freien gibt es nur unverbindliche Absichtserklärungen. Für langjährige Beschäftigte soll der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen mit einer „Zwangspensionierung“ bei verkürzten Bezügen gekoppelt werden, wie die Personalräte kritisieren.

Der ORB-Freienrat macht darauf aufmerksam, dass unabhängig vom Verhandlungsstand – die nächste Runde ist für den 9. Mai terminiert – der Tarifvertrag über die Rechte „arbeitnehmerähnlicher Personen“ gültig bleibt (siehe auch: www.rundfunkfreiheit.de).

neh

KONTROVERS

DAS SCHLIMMSTE VERHINDERT?

Die Frauen aus dem Berliner ver.di-Fachbereich „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ luden im Februar Isolde Kunkel-Weber, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und der Hartz-Kommission zur Diskussion.

Mit der Umsetzung der Hartz-Papiere sei sie „überhaupt nicht zufrieden“, erklärte der Gast. Als Frank Bsirske sie um ihre Mitarbeit bei der Kommission gebeten habe, sei sie „erst mal stolz“ gewesen. „Es war eine Chance für mich persönlich“ erklärte sie, „aber hatte auch was von Himmelfahrtskommando“. Immerhin habe Peter Hartz einst „15.000 Arbeitsplätze bei Saarstahl abgewickelt“. Unternehmensberater aus der Kommission hätten inzwischen „einen Vier-Millionen-Auftrag von der Bundesanstalt für Arbeit“, kritisierte sie. Ihr sei klar, dass die Gesetzes-Vorlagen keine Arbeitsplätze schaffen, allenfalls eine schnellere Vermittlung sichern und die Gleichbezahlung für Leiharbeitnehmer.

Nicht nur Petra Meyer, Abteilungsleiterin für Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik beim DGB Berlin-Brandenburg, und Ulla Pingel, ehrenamtliche Sprecherin der Berliner ver.di-Erwerbslosen, bemängelten, dass Betroffene zu wenig in die Arbeit der Kommission eingebunden waren. Dem widersprach Kunkel-Weber.

Die zunehmende Ablehnung der Hartz-Kommission durch ver.di-Basis-Organisationen verunsicherte Isolde Kunkel-Weber. Sie aber sei dem Ruf: „Ihr müsst drin bleiben um das Schlimmste zu verhindern.“ gefolgt. Antje Grabenhorst, stellvertretende Berliner Bezirksvorsitzende des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie, fragte, wie ver.di ihren Ruf gegenüber den Erwerbslosen wieder blankputzen könne. Sie bat Kunkel-Weber, sich „an die Spitze des Widerstands zu stellen“, wurde aber mit „Ich werd' mich doch jetzt nicht instrumentalisiert lassen!“ enttäuscht.

F. Nuldari



Seniorinnen aktiv auf dem Alex-Solibasar



Schuldiggk

Was haben Senioren von der Gewerksch

Die Gewerkschaft – eine Organisation der Arbeitsplatzbesitzer mit dem Ziel, Besitzstände zu erhalten und Reformen zu verhindern? So wird das in den letzten Monaten von Parteien, Politikern und Arbeitgeberverbänden oft genug dargestellt. Doch so dringlich gerade der Streit um Errungenes in den aktuellen Debatten um Sozialabbau, Kündigungsschutz oder Gesundheitsreform ist – die Gewerkschaften auf die Tarifkämpfe oder die Arbeit in den Betrieben zu reduzieren, wäre viel zu kurz gegriffen. Gewerkschaften sind politische Organisationen und als solche Stimme der Beschäftigten auch in weltpolitischen Auseinandersetzungen wie dem Irak-Krieg und in innenpolitischen Fragen wie Bildungs- und Beschäftigungspolitik. Eine Gewerkschaft vertritt Arbeit-

nehmerinteressen, das ist unbestritten. Doch sind Arbeitnehmerinteressen nur die von immer rarer werdenden festangestellten Unternehmensbelegschaften? Gerade Minderheiten, gerade die wachsende Zahl Selbständiger und Freier, auch Auszubildende, die alle besonderer Solidarität bedürfen, werden hier nicht ausgegrenzt. Gelte das nicht, wären auch knapp die Hälfte der Mitglieder in ver.di – etwas mehr bei der früheren Postgewerkschaft, etwas weniger bei der damaligen IG Medien – falsch in der Gewerkschaft. So hoch liegt nämlich der Anteil der „nicht erwerbstätigen Mitglieder“, der Erwerbslosen und Rentner. Dass dabei der Anteil der Erwerbslosen steigend und viel zu hoch ist, belegt ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik. Die Zahl der Seniorinnen

und Senioren in der Gewerkschaft allerdings sinkt. Im Jahr 2002 hätte ver.di bundesweit einen Mitgliederzuwachs erzielen können, der Saldo bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen lag, wenn auch geringfügig, im Plus. Für den realen Mitgliederückgang sorgten die Senioren mit einem Minus von 8,1 Pro-

zent. Allzu oft erhalten die Mitgliedervertretungen statt der Ummeldung in das Rentnerleben heutzutage eine Austrittserklärung.

Gründe? Man möchte vielleicht den Beitrag sparen, in Zeiten wie diesen sogar verständlich. Doch meint nicht vielleicht die eine Rentnerin oder der andere Pensionär,

Senioren laufen trotz allem nebenher

Eva Brillke (81), Journalistin, Arbeitskreis Aktive Senioren u. AG Gesundheit und Pflege

Viel ist passiert in den zurückliegenden Jahren, und darauf bin ich auch stolz. 1995 gehörte ich zu den aktiven älteren Gewerkschaftsmitgliedern, die auf eigene Kosten zum Gewerkschaftstag nach Dresden fuhren, dort mit einem ebenfalls selbst finanzierten Flugblatt auf die Tatsache aufmerksam machten, dass die Älteren in der gewerkschaftlichen Arbeit unbeachtet blieben. Zum Schluss der Tagung wurden wir offiziell begrüßt und als eigene Personengruppe bestätigt. Seitdem sind die Senioren, die mit 20 Prozent einen beachtlichen Anteil der Beitragszahler stellen, bis hinein in die obersten Gremien der Gewerkschaft vertreten. Das hat Früchte getragen. So haben wir sehr daran gearbeitet, dass

erstmal das Problem der DDR-Strafrenten in die öffentliche Diskussion kam und Veränderungen eingeleitet wurden. Auf vielen gewerkschaftlichen Ebenen haben sich inzwischen Seniorenarbeitskreise gebildet. Gerade in der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege, in der ich mitarbeite, engagieren sich die von der ÖTV kommenden Fachleute mit großem Sachverstand für Verbesserungen in den Alters- und Pflegeheimen. Deren Vorschläge haben Hand und Fuß. Dennoch: Die Senioren laufen in der gewerkschaftlichen Arbeit nebenher. Oft ist die Resonanz auf unsere Angebote dürrig, bleiben unsere Belange bei all den anderen Problemen auf der Strecke. Andererseits wenden sich viel zu viele von der Gewerkschaft ab, wenn sie ihr Arbeitsleben beenden. Was sollen wir da noch, geht es doch nicht mehr um uns, sagen sie. Bis zu einem bestimmten Punkt kann ich diese Meinung nachvoll-

ziehen. Doch müssen Rentnerinnen und Rentner auch begreifen, dass gewerkschaftliche Tarifpolitik, von der sie meinen, dass sie nichts mehr angeht, auch Rentenpolitik ist.

Senioren müssen gefordert werden

Werner Radschuck (74), Schriftsetzermeister, Vorsitzender Alte Barden, Mitglied im Bundesfachbereichsvorstand 8 u. Bundesseniorenausschuss, Sprecher Arbeitskreis Aktive Senioren

Die „Typographia“, der traditionelle Buchdruckergesangsverein singt zwar nach 125 aktiven Jahren seit 1999 nicht mehr, aber unsere bereits 1926 gegründeten Alten Barden treffen sich bis heute regelmäßig alle 14 Tage in Alt-Tempelhof 46. Unser Programmzettel für das Jahr ist lang. 2002 haben wir uns zum Beispiel über 100 Jahre Berliner U-Bahn, die Geschichte Ostpreußens, über Dresden oder

den Euro unterhalten. Unser ältestes Mitglied, der 99jährige Karl Richter, stellte seine Büchersammlung vor, wir sprachen auch über das Buch einer jüdischen Berliner Schriftstellerin zur ersten Intifada in Jerusalem. Der Wert des alten Menschen und der Weg der Alten-Barden-Runde waren weitere Themen. Der Mix hat Tradition. Auch unser im vergangenen Jahr verstorbener langjähriger Vorsitzender Horst Ritrich, dem wir viel an Zusammenhalt und Gemeinschaftsgefühl verdanken, hat ihn gepflegt. Ich halte das genauso, habe immer etwas Interessantes in der Tasche. So habe ich zuletzt über die Tagungen vom Bundesfachbereichsvorstand und dem Bundesseniorenausschuss in Kassel berichtet. Wir haben darüber gesprochen, dass die Grundsicherung für Senioren neben der Pflegeversicherung auch auf die Heimpflegekosten und den evtl. Elternunterhalt ausgeweitet



Fest im Terminplan:
Alter-Barden-Treff in Tempelhof



Fotos: transitiv, Polentz

Ausflüge stärken das Gemeinschaftsgefühl

Zeit getan?

Gewerkschaft, was hat die Organisation an ihnen?

die Gewerkschaft habe für ihn, für sie ihre Schuldigkeit getan? Man dürfe sich nun verabschieden in den wohlverdienten Ruhestand ohne politische Aufgeregtheiten bei gesicherter Rente und Gesundheitsbetreuung – adé Solidarprinzip? Nur lehrt die Erfahrung, dass leider gar nichts „sicher“ ist. Zum

anderen zeigt die Statistik: Spätestens wenn es um die Rentenhöhe geht, ist die Gewerkschaft wieder gefragt. Abgesehen davon, dass die Rentenentwicklung immer noch an die allgemeine Tarifentwicklung gekoppelt ist, dass es vornehmlich die Gewerkschaften sind, die gegen Einschnitte im Sozialsys-

tem Sturm laufen, gibt es neuerdings beim DGB „Das RentenPlus“, ein eigenes gewerkschaftliches Vorsorgemodell. Und schließlich: Allein per DGB-Rechtsschutz wurden im Vorjahr vor Gerichten 481 Mio. Euro in sozialrechtlichen Verfahren erstritten, fast ein Drittel der Fälle betraf Rentensachen.

Freilich, es hat viel zu lange gedauert, dass die Gewerkschaften ihren Senioren als „Personengruppe“ in Gremien, bei Entscheidungen und in der täglichen Arbeit Sitz und Stimme verliehen haben. Aus dem Juni vergangenen Jahres datiert etwa ein Beschluss des ver.di-Bundesseniorenausschusses zur „Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten noch in diesem Jahrzehnt“. Auch dafür wird sich die gesamte Organisation stark machen. Mit immer weniger Be-

troffenen? Hand aufs Herz, wer sich nicht gänzlich aufs Altenteil begeben, sondern aktiv bleiben will, der findet auch und gerade in der Gewerkschaft dazu Möglichkeiten und Gleichgesinnte. Sei es in den verschiedenen Seniorengruppen, die sich um abwechslungsreiche Programme bemühen. Sei es auch über die gewerkschaftlichen Bildungsangebote, die keine Altersgrenzen kennen. Oder in ganz neuen Formen, wie dem „Internet Senioren Club“, der zwar von allen besucht werden kann, die heißesten Informationen aber Club-Mitgliedern vorbehalten. Und schließlich: Auf die Erfahrung der Alten, ihr Engagement, ihren Rat und nicht zuletzt ihren Zeiteinsatz können die oft gehetzten berufstätigen Gewerkschaftsmitglieder schwerlich verzichten... **neh**

werden muss. Viele Anregungen kommen von unseren Mitgliedern. Senioren müssen gefordert werden. Deshalb ist die erste halbe Stunde unseres Treffens einem Thema gewidmet. Traditionell sind wir alten Schriftsetzer, Buchbinder und Drucker eine reine Männerrunde. Ein Stamm von etwa 15 kommt regelmäßig. Für einige ist der Termin so wichtig, dass sie sich mit Jackett und Schlips extra schick machen. Wer nicht mehr so sicher auf den Beinen ist, läßt sich bringen.

Druck machen hilft weiter

Jürgen Käding (73), Journalist, ADN-Senioren, bis 2002 Sprecher des Arbeitskreises Senioren beim DGB-Bezirk

Immer habe ich Gewerkschaft als politische Interessenvertretung angestrebt. Das war so, als ich Mitte der 90er Jahre zeitweiliger stellvertretender Vorsitzender im neuen

Bundesarbeitskreis Senioren der damaligen IG Medien wurde, und galt für mich auch in den Arbeitskreisen Senioren beim DGB auf Bundes- und Landesebene. Im zurückliegenden Jahrzehnt haben wir wirklich Neuland beschritten mit den in Abständen von zwei Jahren einberufenen Seniorenkonferenzen und unseren Arbeitstreffen innerhalb der damaligen IG Medien. Und wir haben einiges erreicht, gerade was den Rentenbetrug angeht, der lange Zeit in den Gewerkschaftsführungen nicht zur Kenntnis genommen wurde. Senioren müssen Druck machen, auch wenn solche „Aktivitäten von unten“ nicht überall gern gesehen werden. Aber immer noch sind Senioren in den Entscheidungsgremien unterrepräsentiert. Das hängt natürlich auch davon ab, inwieweit sie selbst bereit sind, sich zu engagieren. Gewerkschaften sind nach wie vor große und starke Organisationen

und prädestiniert, dem Sozialabbau entgegenzutreten. Sie sollten es wenigstens versuchen. Dazu müssen die Älteren stärker einbezogen werden. Sie sind ein großes Potenzial.

Mehr Verständnis für „Ost-Themen“

Brigitte Deckwerth (70), Journalistin, Funkhaussenioren, Beratung in sozialen Fragen

Die Gewerkschaft ist heute meine politische Heimat. Neben der Solidarität und der Zusammengehörigkeit, die auf zweimonatlichen Treffen, Ausflügen und kulturellen Veranstaltungen geformt werden, sind viele soziale Fragen zu lösen. In unserer Beratungsgruppe, in der sich vier von uns Funkhaussenioren auf die komplizierte Problematik spezialisiert haben, geht es um Rentenangelegenheiten. Obwohl auch unter dem Einfluss der Gewerkschaften be-

reits viele Rentenprobleme gelöst sind, werden bis heute Versorgungsansprüche nicht realisiert. Dafür haben die Beschäftigten aber jahrzehntlang eingezahlt. Das muss angemessen berücksichtigt werden, finden wir. Doch für diese Position fehlt es uns leider an Unterstützung, auch an Verständnis für dieses spezielle „Ost-Thema“. Wer im Westen groß geworden ist, hat ganz andere gewerkschaftliche Erfahrungen. Es wäre wünschenswert, dass mehr Ostvertreter in Vorständen und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionen mitwirken, um mehr Verständnis füreinander aufzubringen. Das betrifft auch die Angleichung des aktuellen Rentenwertes. Denn – wie die Löhne – betragen auch die Renten im Osten bisher nicht 100 Prozent, wohl aber die Lebenshaltungskosten. Bei vielen dieser Probleme steht ver.di hinter uns.

(weiter zum Thema S. 10)

Selbst aktiv sein und andere dazu ermuntern

Gespräch mit Erika Volkmann vom ver.di-Seniorenbeirat Cottbus

Wie geht es den Cottbuser Gewerkschaftsenior(inn)en?

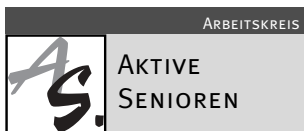
Meistens gut, denn wenn wir uns treffen, geht's auch fröhlich zu. Das weiß ich allerdings nur von denen, die unsere Veranstaltungen besuchen.

Als Du aus dem Arbeitsleben ausschiedest, was hielt Dich in der Gewerkschaft?

Ich war 30 Jahre lang in Verlag und Druckerei der „Lausitzer Rundschau“ in Cottbus tätig. Die Gewerkschaft war für mich stets hilfreiche Partnerin, ob das Auseinandersetzungen mit staatlichen Leitern, Gesundheitsbetreuung, Frauenförderung oder Ferienplätze betraf. Als ich ausschied, dachte ich: Dein Verhältnis zur Gewerkschaft hängt doch nicht vom Rentenstatus ab. Die Organisation, die Dich ein Leben lang begleitete und unterstützte, die wirst Du nun ein wenig unterstützen. Ich habe mich also bemüht, die Gewerkschaftsenioren meines Betriebes und meiner Branche beisammen zu halten.

Konntest Du es?

Man kann. Wenn man viel mit den Kolleginnen und Kollegen spricht, sie ermuntert, weiter am



Gewerkschaftsleben teilzunehmen. Natürlich klappte das nur in engem Kontakt mit Gewerkschaftssekretärin Waltraud Gerisch, die die Fäden in der Hand hielt und jetzt selbst zu den Seniorinnen gehört. Oft wissen wir allerdings nicht, wer wieder aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist, die Personalbüros sind da nicht sehr auskunftsfreudig.

Wie viele Seniorinnen und Senioren betreut Euer Beirat im Bezirk Cottbus?

Wir haben im Bezirk 750 Gewerkschaftsmitglieder, davon sind etwa 190 ältere. Also jedes vierte Mitglied gehört zu den „alten Barden“ – von denen viele gern noch weitergearbeitet hätten.

Wie interessiert Ihr diese Mitglieder für die Gewerkschaftsarbeit?

Außer den allen bekannten und von allen geschätzten Sozialleistungen von ver.di halten die meisten ein reges Gemeinschaftsleben für erstrebenswert. Wir ha-

ben schon in Vor-ver.di-Zeiten mit anderen Gewerkschaften kooperiert. Der Vorsitzende der Seniorenkommission Dietrich Rolle und ich erarbeiten in der Koordinierungsgruppe jährlich ein Programm, das von den Wünschen der Mitglieder getragen wird. Wir bereiten Bildungs- und Informationsnachmittage vor, wie mit Elke Krause vom ver.di-Fachbereich Gesundheitswesen, oder eine Veranstaltung über die Hartz-Pläne. Wir laden zu Vorträgen oder Lesungen ein, wie demnächst mit der Schriftstellerin Dorothea Kleine zu ihrem jüngsten Buch über Kriminalfälle aus der Region. Wir machen Betriebsbesuche wie kürzlich in der Druckerei der „Lausitzer Rundschau“. Wir reisen auch: vor Wochen zum Bundestag nach Berlin oder zu Gesprächen mit Ruhrpottgewerkschaftern, verbunden mit Betriebs- und Schaubergwerksbesuchen. Wir vergessen die Gewerkschaftsjubiläen unserer Mitglieder nicht. Und wir haben viel Spaß bei Bowlingabenden, Skat und Canasta. Im September werden wir uns am großen ver.di-Sommerfest im Cottbuser Spreeauenpark beteiligen.

Interview:
Hans-Hermann Krönert

NACHRUF

HANS JACOBUS

Fünf Monate vor seinem achtzigsten Geburtstag starb Hans Jacobus, fünf Monate vor seinem Tod veröffentlichte er seine Lebensgeschichte „Beim Betreten des Hauses. Erinnerungen an Momente und Jahrzehnte“. Er war einer der bekanntesten Journalisten der DDR, und blieb es auch nach 1990 mit Artikeln in Zeitungen und einer Reihe von Büchern. Wie selten einer war er in allen Medien tätig, er begann beim „Sportecho“ und der „Jungen Welt“, gestaltete bei Rundfunk und Fernsehen



Foto: edition ost

Serien, Kommentare und Gesprächsrunden. Er übernahm 1976 die Chefredaktion der Kulturzeitschrift „Sonntag“, steuerte sie durch die Klippen, bis er 1985 selbst zurücktrat. Wenn wir „bekannt“ sagen, so vor allem deshalb, weil er die Gesprächssendungen im Rundfunk moderierte und fast 27 Jahre hindurch Woche für Woche das „Professorenkollegium“ leitete, mit lebhaften Debatten über hochaktuelle Themen. Durch sein letztes Buch wird Jacobus noch bekannter werden, vor allem mit unbekanntem Abschnitten seines Lebens. Wir wussten, dass er als 15-jähriger Sohn einer jüdischen Familie nach England und Australien ging, dass er in England der FDJ beitrug und von 1945 bis 1947 jüdische Kinder unterrichtete, die aus KZs befreit waren, und dass er nach Berlin zurückkam. Was wir nicht wussten: wie schwer sein Anfang in der DDR war. Er blieb bis zu seinem Tode in Berlin. Nachdenkend, warum? – fand ich in seinem Buch: „Beim Betreten des Hauses sucht man die Freunde, umarmt man seinesgleichen. Umarmt die, die einem besonders nahe sind...und ferne Freunde in Gedanken. Man denkt über das Sich-zuhause-Fühlen nach. Immer aufs neue.“

Erich Selbmann

LESERBRIEFE

LESERBRIEFE GEBEN NICHT IN JEDEM FALL DIE MEINUNG DER REDAKTION WIEDER. SINNWÄHRENDE KÜRZUNGEN SIND VORBEHALTEN.

Die Arbeit geht aus

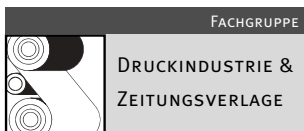
Auf der Rentnercouch sitzend, nehme ich Anteil am politischen Geschehen. Von gesamtgesellschaftlicher Problematik scheint mir die Arbeitslosigkeit zu sein. Es fehlt an Arbeitsplätzen. Die Arbeit geht aus. Die Binnennachfrage an Ge- und Verbrauchsgütern wird befriedigt. Sie läßt sich durch wirtschaftspolitische Eingriffe nur unwesentlich steigern. Die Exportnachfrage ist nur sehr bedingt zu beeinflussen. Warum wird die vorhandene Arbeit eigentlich nicht

auf mehr Menschen verteilt? Das wäre Solidarität. In der Druckindustrie kann mit einem Bruchteil an Personal eine höhere Produktivität und wirtschaftlicher Erfolg erreicht werden als noch vor wenigen Jahrzehnten. Viele Berufe der Jünger Gutenbergs sind ausgestorben. In allen Branchen lassen sich mit immer weniger Personal immer mehr Güter und Dienstleistungen erbringen und verteilen. Das ist die wahre Ursache für den Verlust von Arbeitsplätzen. Politiker jeglicher Couleur scheinen das nicht erkennen zu wollen... Als wir gegen die 45-Stunden-Woche und die Samstagarbeit mit dem Slogan antraten „Am Samstag gehört Vati mir“, stand die

deutsche Wirtschaft vor dem endgültigen Untergang. Das sagten die Unternehmer. Was kam, war wirtschaftlicher Aufschwung.

Nicht mehr oder weniger Steuern, höhere oder niedrigere Staatsquote, statistische Korrekturen bei der Erfassung der Arbeitslosigkeit werden zum Problemlöser, sondern zwei vorrangige Maßnahmen: 1) Konsequente Arbeitszeitverkürzung führt zwangsläufig zu verstärkten Einstellungen. Diese bedeuten höhere Steuereinnahmen und Sozialabgaben. Gleichzeitig reduzieren sich Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe. 2) Rigorose Verhinderung von Schwarzarbeit, dazu gehören entsprechende Gesetze.

Egon Bannehr



Nur die Stärksten überleben?

Mitgliederversammlung der Fachgruppe 4 diskutierte Tarifsituation

Diskussionsstoff war am 23. März zur Mitgliederversammlung der Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage genügend vorhanden. Nach Berichten von der Bundeskonferenz aus Halle ergaben sich drei Schwerpunkte.

Punkt 1: Flächentarifvertrag bundesweit und auf Landesbezirksebene. Der Bericht dazu löste eine lebhaftige Debatte aus. Hat der Flächentarif Zukunft und ist er noch zu halten? Fazit der Diskussion: Nur wenn die Klein- und Mittelbetriebe in der Tarifauein- undersetzung eine größere Rolle übernehmen, ist ein Auseinanderbrechen langfristig zu verhindern. Einzelne Unternehmen sind schon seit geraumer Zeit an Branchentarifverträgen interessiert. Setzt sich diese Richtung durch, wäre das das Ende des Flächentarifvertrages. Auch bei den Belegschaften in Großbetrieben bleibt das Thema Branchen-TV nicht immer ohne Resonanz, leider. Eine Branchen-Segmentierung kann nur



Der Vorstand der Fachgruppe 4: (v.l.n.r.) Heinz Poetschlack, Klaus-Dieter Körper, Gunar Wagner, Dieter Körner, Lutz Kreisel, Holger Kollonitsch (Vorsitzender), Antoneta Werbelow, Andreas Meißner.

dann verhindert werden, wenn auch die Kolleginnen und Kollegen in den Klein- und Mittelbetrieben den Flächen-TV als ihre Sache begreifen, denn sie hätten am meisten unter einer Regionalisierung zu leiden. Die Gefahr ist groß, das nur die Stärksten am Markt überleben. Für unseren Landesbezirk ist diese Erkenntnis

im besonderen Maße zutreffend. Deshalb wird sich die Landesbezirks-Fachgruppe mit diesem Thema schwerpunktmäßig beschäftigen müssen. Wir rufen hiermit alle Beschäftigten aus den Klein- und Mittelbetrieben auf, sich mit dem zuständigen Gewerkschaftssekretär, Manfred Föllmer (Tel. 86 31-24 07), in Verbindung zu setzen, wenn sie in Arbeitsgruppen oder an Veranstaltungen zu diesem Thema mitarbeiten wollen.

Punkt 2: Es wurde das so genannte „Angebot“ der Arbeitge-

ber in der laufenden Tarifrunde diskutiert. Es spricht nichts dafür, dass die Arbeitgeber die moderate, zeitgemäße Lohnforderung honorieren. Das alte Spiel, wenig anzubieten und sich dann in der Mitte zu treffen, ist weiterhin ihre Verhandlungstaktik. Hätten wir doch eine höhere Forderung aufstellen müssen? Ich denke nein, denn die Außenwirkung ist für die Gewerkschaft heute sehr wichtig. Hier werden wir mehr Verständnis für das Durchsetzen von 3 Prozent bekommen als für eine 7-Prozent-Forderung. Außerdem wollen wir den beschäftigungswirksamen Aspekt der niedrigen Forderung in den Vordergrund gestellt wissen.

Punkt 3: Personalabbau bei ver.di. Bis 2005 sollen innerhalb der Gewerkschaft 1400 Stellen abgebaut werden. Manfred Föllmer berichtet über die Schwierigkeiten bei diesem Vorhaben.

Ich entschuldige mich im Namen des Vorstandes bei allen Mitgliedern, die nicht rechtzeitig über den Wechsel des Versammlungs-ortes informiert werden konnten. Unser Versammlungsraum in der Dudenstraße wurde baupolizeilich gesperrt. **Holger Kollonitsch**

Alles wäre verloren

Museumsdruckerei sucht Förderer

Er habe es nicht übers Herz gebracht, die Maschinen einfach zu verschrotten oder die alten Bleischriften ins Altmetall zu geben. „Alles Werte, die unwiederbringlich verloren wären.“ Deshalb bot Gerd Schneider, der die 1928 gegründete „Buchdruckerei Otto Schneider“ in Berlin-Kreuzberg bis 2001 betrieb, dem Kreuzberg-Museum an, einen Teil der Druckerei-Ausstattung zu übernehmen. Daraus entstand die Idee einer kompletten Erhaltung. Zudem ist die frühere Akzidenz-Druckerei ein Relikt im ehemaligen „Exportviertel Ritterstraße“, das 1943 fast vollständig ausgebombt wurde. Das Kreuzberg-Museum etablierte die Druckerei als seine Außenstelle. Ein Beschluss des Bezirksamtes sicherte die mietfreie Nutzung.

Eine umfangreiche Ausstattung mit historischen Bleischriften, Ornamenten und Messing- bzw. Schmuckklinen, Maschinen wie ein Original Heidelberger Tiegel und

eine Automatic-Frontex-Schnellpresse sind funktionstüchtig und werden auch praktisch genutzt. Ehrenamtlich tätige Buchdrucker und Maschinensetzer betreuen gemeinsam mit Gerd Schneider die Werkstatt. „All das wäre noch ausbaufähig“, ist sich Bettina Eisbrenner vom Kreuzberg-Museum sicher, „etwa für die Ausbildung künftiger Mediengestalter oder für Azubis anderer grafischer Berufe.“ Ihr Appell, die Werkstatt zu nutzen und zu erhalten, ist um so dringlicher, seit der Gewerbehof in der Ritterstraße dem Liegenschaftsfonds Berlin übertragen wurde und sich niemand mehr an die Zusage mietfreier Nutzung gebunden fühlt. Der Freundeskreis der Museumsdruckerei sucht deshalb weitere Mitglieder und Förderer.

neh

Museumsdruckerei, Ritterstraße 12 - 14, 10969 Berlin, Tel. 030 / 614 71 77, freitags von 11-16 Uhr u. nach Vereinbarung. Oder: Kreuzberg-Museum, Tel. 030 / 58 52 33, info@kreuzbergmuseum.de

ANZEIGE

Vom Urlaub zurück in alter Frische und bester Laune

ZAHNÄRZTIN
DR. SWANTJA BIELSKI

Hauptstr. 19, 1. Stock, am Kaiser-Wilhelm-Platz, Ecke Akazienstraße.
Eingang in der Passage neben Fitnesscenter.
10827 Berlin-Schöneberg, Tel: 788 11 42

Öffnungszeiten: Mo 13-18, Di 9-12 und 13-18,
Mi 13-19, Do 9-12 und 14-18, Fr 9-13 Uhr.
U-Bahn, Bus, Parkplätze in der Nähe.

Zahnarztpraxis mit Schwerpunkt ästhetische Zahnheilkunde:

Ästhetische Korrektur von Frontzähnen und verfärbten Zahnhälsen mit besten Materialien • Zahnfarbene Füllungen • Aufhellung von Zähnen • Paradontaltherapie für alle Zahnfleischerkrankungen • Zahnfleischmodulationen • Implantologin (zertifiziert) • Amalgam-Sanierung • Sensibler Umgang mit Patienten, speziell Angstpatienten.

Ganz neu!

Faltenminderung bzw. -beseitigung durch Unterspritzung mit gesundheitlich und medizinisch unbedenklichem Materialien.

Meine Praxis ist eine reine Bestellpraxis, daher ist beim vereinbarten Termin nur mit einer geringen Wartezeit zu rechnen.

Frischer Wind bei Herlitz?

Umstrukturierung erfordert wachen Betriebsrat

Gute Nachrichten aus dem Hause Herlitz waren in jüngster Zeit eher Mangelware. Dörte Radde, Gruppenleiterin im Rechnungswesen in der Hauptverwaltung des Unternehmens, beob-

achtet den Schlingerkurs des Konzerns seit Jahren mit Sorge. Sie sitzt für ver.di in der Tarifkommission, seit kurzem ist sie auch Mitglied des Bundesvorstands der Fachgruppe Papier- und Kunststoffverarbeitung. Der Geschäftsleitung, aber auch dem Betriebsrat wirft sie Versäumnisse vor. Die couragierte Frau will bei Herlitz stärker als bisher gewerkschaftliche Positionen einbringen. Gemeinsam mit ver.di setzt sie sich dafür ein, dass Betriebsratsarbeit in Zukunft ernster genommen wird.

2004 hat das ehemals blühende Familienunternehmen Herlitz 100. Geburtstag – ob gefeiert wird, bleibt fraglich. Seit Anfang der neunziger Jahre hatte sich die Konzernführung mit einer rasanten Expansionspolitik übernommen: In der Folge reduzierte sich die Mitarbeiterzahl des Unternehmens an den beiden Standorten Tegel und Falkensee von ehemals rund 3000 auf heute knapp 2000. Dennoch musste im April 2002 das Insolvenzprüfverfahren eingeleitet werden. Herlitz trat im Sommer aus dem Arbeitgeberverband Papier aus und wurde Mitglied im Verband für den Groß- und Außenhandel, wo noch deutlich schlechtere Tarife gelten. Schon zu diesem Zeitpunkt hätte nach Meinung von Dörte Radde der Betriebsrat die Interessen der Belegschaft gegenüber der Geschäftsleitung klar vertreten müssen. „Man hat sein Bedauern ausgedrückt, mehr nicht“, sagt Radde.

Seit September 2002 befindet sich das Unternehmen nun im Insolvenzplanverfahren, in dem Ersparnis- und Umstrukturierungsmaßnahmen festgelegt werden. Neben Planvorstellungen zu Umsätzen und Rohertträgen geht es dabei natürlich auch um die Reduzierung von Personalkosten. Die Geschäftsleitung setzt für diesen Bereich Einsparungen in Höhe von 5,5 Millionen Euro bis April 2004 an.

Auf die Frage, was dieser zu tun gedenke und ob er die vorgelegten Zahlen prüfen wolle, habe es wieder keine Reaktion gegeben. Daraufhin hat Kollegin Radde, als Mitarbeiterin des betrieblichen Rechnungswesens mit Zahlen vertraut, selbst nachgerechnet: Mit den geplanten Maßnahmen wäre

das Unternehmen aufgrund der tariflichen Verschlechterung auf eine geschätzte Kostenersparnis von rund 10 Millionen Euro gekommen, fast doppelt so viel, wie von der Konzernleitung dargestellt. „Eine hübsche Reserve für die Geschäftsleitung, mit der sie frei wirtschaften kann“, sagt Radde, „tragen sollten das allein die tariflich Beschäftigten. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.“ Bei einer Betriebsversammlung im August 2002 hat sie ihre eigenen Zahlen vorgelegt und damit viel Aufsehen erregt.

Radde kritisiert am Herlitz-Betriebsrat nicht nur seine Untätigkeit. Sie bezweifelt auch die



Rechtmäßigkeit der Vorbereitungen für die letzten Betriebsratswahlen: „Die Auswahl der Kandidaten war nicht durchsichtig, neue Interessenten hatten kaum eine Chance, sich aufstellen zu lassen.“ Ihr Hauptkritikpunkt ist jedoch das „falsche Selbstverständnis“ des jetzigen Betriebsrats, dem ein wirkliches Anliegen fehle. Hingebungsvoll kümmere man sich um die Verteilung von Partiewaren oder

ver.di soll populärer werden

die Verwaltung von BVG-Marken, nicht aber um eine Mitarbeiterbetreuung und -vertretung, die diesen Namen verdient.

Dabei sei gerade jetzt ein wacher Betriebsrat wichtig: Das Unternehmen plane weitreichende Umstrukturierungsmaßnahmen, setze auf die sogenannte Zweisäulen-Strategie: Neben der Produktion, die bei Herlitz verbleiben soll, gilt der sehr weit gefasste Dienstleistungsbereich als zweite Säule. Alle Unternehmensteile, die dazu gezählt werden, sollen in Zukunft unter dem Dach des Tochterunternehmens eCom firmieren. Hunderte von Mitarbei-



Sorge um Schlingerkurs: Dörte Radde

tern müssen von Herlitz zu eCom wechseln, was wieder eine Verschlechterung für die Beschäftigten bedeutet, da für sie die Tarife der IG Transport gelten.

eCom hat einen eigenen Betriebsrat, der allerdings für das Unternehmen mit mittlerweile fast 1500 Mitarbeitern viel zu klein ist. Unter dem Vorsitz von Christian Petsch will der Betriebsrat von Herlitz die Zuständigkeit für die Außendienstmitarbeiter, die zu eCom gewechselt sind, behalten. Nach Ansicht von Dörte Radde wäre jedoch eine Neuwahl des Betriebsrates fällig: „Wünschenswert wäre ein paritätisch besetzter Gesamtbetriebsrat für beide Unternehmensteile.“ Mit Hilfe von ver.di wolle sie versuchen, in etwa einem Jahr Neuwahlen durchzusetzen. In der Zwischenzeit könne man neue Leute für diese Arbeit finden und diese gezielt auf ihre Aufgabe und Verantwortung vorbereiten.

Als relativ frisches ver.di-Mitglied will Radde auch daran arbeiten, Gewerkschaftsarbeit im Unternehmen populärer zu machen. „Gewerkschaften gelten als unflexibel und starr“, sagt Radde, „aber ich habe gemerkt, dass sie wirklich etwas bewegen können.“ Radde ist im Sommer 2002 in die Gewerkschaft eingetreten, als nach Bekanntwerden ihrer eigenen Personalkostenrechnung ver.di mit Herlitz verhandelte. Letztlich sei es der Gewerkschaft zu verdanken, dass trotz des Austritts aus dem Arbeitgeberverband Herlitz mit einem Haustarif in der Fachgruppe Papier verblieb. Dieser Tarifvertrag ist zwar schlechter als der ursprüngliche, er enthält aber eine Rückkehroption und Sozialleistungen wie die Teilzahlung von Weihnachtsgeld.

Ute C. Bauer

GROSSES INTERESSE AN FORTBILDUNG FÜR FREIE

Erstmals fand vom 22. Bis 23. Februar eine Fortbildung der Bundesfachgruppe Musik in Kooperation mit der Berliner Landesmusikakademie statt. Unter dem Titel „Frei – und wie manage ich mich selbst?“ ging es um den Einstieg in freiberufliche Tätigkeiten außerhalb der Musikschule. Dass Informationen zu diesem Thema sehr gefragt sind, zeigten die zahlreichen Anmeldungen: Nur etwa jeder Dritte Interessent bekam einen Platz.

Der Referent Goetz Buchholz legte Wert auf solide Kenntnisse in den Bereichen Vertragsgestaltung, Steuern, Versicherungen und Hilfen zu Existenzgründung, ging aber auch auf spezielle Fragen ein.

Als es um Auftragsakquise und Honorargestaltung ging, kam es schnell zu interessantem Erfahrungsaustausch und Diskussionen. Letztendlich empfanden die Teilnehmer/innen die Zeit als viel zu knapp, alles Wissenswerte anzusprechen. Die Gespräche unter den oft isoliert arbeitenden Freien wurden als sehr wertvoll empfunden.

Fazit: Eine derartige Veranstaltung sollte unbedingt wieder angeboten werden und zwar ausführlicher. Sinnvoll wäre es dabei, zwischen echten Berufseinsteiger/innen und solchen, die bereits tätig sind, zu differenzieren. UP

FACHGRUPPE



MUSIK

VORGESTELLT

FACHGRUPPE 8
Literatur/VS

Den Beweis dafür, dass sie nicht im Elfenbeinturm sitzen, haben unsere Schriftsteller gerade wieder angetreten. Eine Woche lang waren sie Anfang April beim „Lesemarathon“ zu erleben. Alljährlich suchen sie auch so den Kontakt zu jenen, für die sie schreiben. (Ausführlicher dazu in der nächsten Ausgabe.)

Wie kontaktfreudig sie sind, drückt sich auch in der Bezeichnung „Verband Deutscher Schriftsteller“ aus, die Tradition hat. Tradition bis in die Zeit zurück, da sich die Schriftsteller mit Druckern, Journalisten, Schauspielern in der IG Medien zusammen fanden. Tradition auch in der jüngsten Vergangenheit, da sie sich mit Kolleginnen und Kollegen anderer Gewerkschaften in ver.di vereinten. Die ca. 500 Mitglieder aus dem Berliner Verband und die etwa 100 in Brandenburg kommen vorrangig aus der IG Medien. Für einige hat sich ihre Doppelmitgliedschaft – zusätzlich in der ÖTV – mit ver.di nun erledigt.

Nicht jeder wird in diesen Verband ohne weiteres aufgenom-

Einzel, doch nicht einsam

men. Erst, wenn er oder sie fachliches Können mit einer Veröffentlichung belegt hat, kommt die Mitgliedschaft in dieser reinen Autoren-Vereinigung. Was freilich selten ohne Probleme vor sich geht. Schriftsteller sind selbstständig, haben keinen Betriebsrat, an den sie sich wenden können.



Mehr als manch andere sind sie auf Rat und Tat der Gewerkschaft angewiesen. Ob es sich um Vertragsmuster, Urheberrechte, Honorarempfehlungen handelt: In Arbeitsteilung stehen Fachleute zur Seite: auf Bundesebene – als Anwälte für Verhandlungen mit dem Börsenverein etwa der uns vertraute Detlev Hensche und auf Landesebene Anke Jonas.

Sehr differenziert, ganz individuell sind diese Probleme zu behandeln. Darüber hinaus helfen unser „Sprachrohr“, die Zeitschrift „Kunst und Kultur“ sowie Rundbriefe zu informieren. Wer sich mit Kollegen austauschen möchte, geht einmal im Monat – an jedem

ersten Donnerstag – ins Restaurant „Terzo Mondo“ in die Grolmannstraße, am Savigny-Platz, zum VS-Stammtisvch. Der Wirt, Kostas Papanastasiou, gehört selbst in diesen Kreis, schreibt u.a. Lied-Texte und präsentiert sich als Darsteller in der „Lindenstraße“.

Im übrigen ist der „Lesemarathon“, an dem sich regelmäßig etwa 60 Autorinnen und Autoren beteiligen, nicht die einzige „Öffentlichkeitsarbeit“ der Schriftsteller. So lesen sie jedes Jahr am 9. November in den Schulen aus dem „Tagebuch der Anne Frank“ oder aus eigenen Werken mit ähnlicher Problematik. Die Brandenburger luden im vergangenen Jahr zu Lesungen in die Potsdamer Friedenskirche. Und die Mitgliederversammlung, einmal im Jahr, hat stets einen festlichen Höhepunkt. So verband sie sich mit dem Besuch einer Theaterpremiere in Cottbus oder mit Literaturfesten in kleineren Orten.

Zur Zeit treffen sich die Berliner unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Horst Bosetzky (-ky) und die brandenburgischen Autoren mit ihrem Vorsitzenden Martin Ahrends und beraten über den ver.di-Literaturpreis, der in zukünftig vergeben werden soll.

Eva Brillke

AUTOREN AUS
VORARLBERGVOM BODENSEE
AN DIE SPREE

„Wann ist zum letzten Mal ein Schiff auf dem Bodensee untergegangen?“, fragt Ulrike Längle in ihrem Buch „Der Untergang der Romanshorn“. „Sicher seit Menschengedenken nicht mehr. Höchste Zeit also, dass wieder einmal etwas geschieht.“ Das dachten wir auch und deshalb haben wir im Namen des Berliner VS fünf Autoren aus dem österreichischen Bundesland Vorarlberg eingeladen, aus ihren Büchern zu lesen. Auf einem Schiff in der Spree. Auf der „Hoppetosse“ in Treptow werden Johanna Teresa Hartmann, Erika Kronabitter, Ulrike Längle, Norbert Loacker und Ingo Springenschmid am Abend des 6. Juni 2003 ihre Arbeiten vorstellen. Es ist ein Gegenbesuch. Denn im April 2002 waren Berliner Autorinnen und Autoren in der Festspielstadt am Bodensee und gaben Kostproben Berliner Literatur. Damit der Abend auf der Spree ebenso interessante Begegnungen bringen kann, merkt den Termin jetzt schon vor.

Susanne Alge/Martin Stefke

Einer, der zupacken konnte

Zum Tod des Schriftstellers Hans Joachim Nauschütz



Foto: privat

Am 4. März 2003 starb der Frankfurter Schriftsteller Hans Joachim Nauschütz im Alter von 62 Jahren. Für viele ist sein Name mit dem „Deutsch-polnischen Literaturbüro Oderregion“ verbunden, das er mitbegründet und umsichtig geleitet hat. Auch als Herausgeber der zweisprachigen Literatur-Zeitschrift „Die Fähre – Prom“ erwarb er Verdienste um die Annäherung deutscher und polnischer Autoren. Im „Verband deut-

scher Schriftsteller“ in ver.di war er viele Jahre ein aktives Vorstandsmitglied des Landesverbandes Brandenburg. Seine heimliche Liebe galt dem Nachwuchs, für den er sich mit Elan einsetzte. Zu seinen Begabungen gehörte es, Literatur-Tagungen zu organisieren. Viele seiner Kollegen in ganz Deutschland erinnern sich dankbar an Diskussionen von Niveau und Brisanz.

Die literarische Arbeit des im mecklenburgischen Strasburg geborenen Autors umfaßte Romane, Kurzprosa und Sachtexte sowie Hörspiele und Gedichte. Hervorhebenswert ist der Roman „Die Hinterlassenschaft“ von 1988, in dem Familiengeschichte vor, während und nach der Nazi-Zeit reflektiert wird. Beim X. Schriftstellerkongreß der DDR sagte er 1987

über das Manuskript: „Ich erzähle von der ‚Hinterlassenschaft‘ eines Vaters, der sich in Schuld verstrickte, ohne Faschist gewesen zu sein ... Was geht in einem Menschen vor, der solche Nöte erleidet! Wir wünschen uns nicht, uns unter solchen Nöten beweisen zu müssen.“ Es klingt heute wie eine Vorahnung. Denn der letzte Lebensabschnitt nach der Wende war dadurch gekennzeichnet, dass er sein bisheriges Leben in Frage gestellt sah und sich in solchen Nöten behaupten und beweisen mußte. Da er ein ganz und gar politischer Mensch war, der offen Partei ergriff, wurde er zuweilen zur Zielscheibe heftiger Angriffe.

Zu den Eigenschaften, die ich als Kollege an Nauschütz schätzte, gehörte seine Fähigkeit zu loben. Es war nicht das schnelle, billige

Lob. Man bekam es nicht geschenkt. Aber wenn er mit seiner sonoren, leicht knarrenden Stimme „Das hätte ich auch gern geschrieben“ sagte, dann konnte sich der Adressat auf das Urteil verlassen. Seine literarische Hinterlassenschaft konzentrierte sich in den 90-er Jahren auf prägnante Kurzprosa, historische Beiträge und Texte für Kinder, darunter das preisgekrönte Buch „Strubbelkopp“, sowie die Herausgabe von Arbeiten junger Autoren. Dass er Literatur liebte, war ihm stets anzumerken. Aber es ging ihm vor allem um „das richtige Leben“. So bleibt er uns in Erinnerung als einer, der zupacken konnte, als einer, der sich nicht geschont hat und auch als einer, der stets einen aufmunternden Spruch parat hatte.

Till Sailer



Macht Vorteil sexy?

Oder wie die DGB-Jugend unter jungen Leuten wirbt

Ihrem Unmut über ein Werbe-Faltblatt der DGB-Jugend für die gewerkschaftseigene „get2-card“ machte kürzlich die frühere IG-Medien-Jugend Luft. Der ver.di-Landesbezirksjugendfachkreis des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie verfasste einen Offenen Brief an die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, den wir in Auszügen wiedergeben:

„Wir halten das Motto ‚Vorteil macht sexy‘ für politisch sehr zweifelhaft. Der Rückschluss aus dieser Logik wäre nämlich, dass Menschen ohne Vorteile nicht sexy seien. Nicht gerade ein Slogan, der geeignet ist, um Menschen, die von sozialer Benachteiligung, Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit u.ä. betroffen sind, zur Seite zu stehen. Solche Ausgren-

zungsmechanismen ... widersprechen unserer politischen Ausrichtung. Ziel gewerkschaftlichen Engagements im Jugendbereich sollte es sein, benachteiligte Jugendliche im Kampf um bessere Lebensbedingungen zu unterstützen. Die DGB-Jugend sollte in der Öffentlichkeit offensiv für eine zivile Gesellschaft der Toleranz und Mitmenschlichkeit eintreten, in der die Würde und die demokratischen Rechte aller Menschen gewahrt werden.

„Was braucht Berlin wirklich?“, wird auf dem Faltblatt gefragt. Uns würde da ja einiges einfallen, wie politisches Engagement, Arbeitskampf, gewerkschaftliche Organisation, Bildungsarbeit, Verteidigung sozialer Standards usw. Doch solche politischen und

gewerkschaftlichen Töne sind anscheinend nicht mehr gefragt – Berlin braucht stattdessen ‚Super-Vorteile‘, ‚Vorteilskarten‘ und ‚zwei Big Mac’s‘ zum Preis von einem. Im gesamten Faltblatt wird die DGB-Jugend als politischer Akteur oder als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen in keinem einzigen Wort erwähnt.“

Die Auswahl der Firmen, mit denen „Vorteile“ genutzt werden können, stößt auf besondere Kritik. Es heißt:

„McDonalds ist gerade für junge Menschen das Sinnbild für Ausbeutung (jugendlicher) Arbeitnehmer und für die Bekämpfung gewerkschaftlicher Strukturen. Denn überall auf der Welt beutet McDonalds-international junge Beschäftigte zu Niedrigst-

löhnen unter schlechten Arbeitsbedingungen aus ... Wem die Ausmaße der Behinderung von Betriebsräten und Gewerkschaften durch McDonalds noch nicht bekannt sein sollten, dem sei die Internetseite www.mcunion.de empfohlen. Unsere KollegInnen von der Gewerkschaft NGG bezeichneten McDonalds bereits als ‚schlimmsten Arbeitgeber der Branche‘. Daher ist es für uns ... der blanke Hohn und eine katastrophale Entsolidarisierung, gemeinsam mit McDonalds (Zu zweit ist es schöner) junge Arbeitnehmer ansprechen zu wollen.“

Die Brief-Unterzeichner hoffen auf „eine solidarische, kollegiale und kritische Auseinandersetzung“.

REZENSION

KRIEG UM ÖL ODER FRIEDEN DURCH DIE SONNE

Franz Alt bringt die Themen der Friedens- und der Ökologiebewegung in einen zwingenden Zusammenhang, indem er die für ihn entscheidende politische Frage der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts formuliert: Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne?

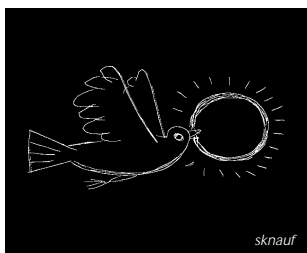
In seinem neuen Buch analysiert er die Rolle, welche fossile Ressourcen in vergangenen, aktuellen und zukünftigen Kriegen einnehmen. Anschließend bietet er wissenschaftlich fundierte Lösungsansätze an für eine dringend notwendige globale Energiewende, nicht nur zur Friedenssicherung.

Historisch zeigt er die kriegsentscheidende Relevanz der Ressourcenverfügung ab dem ersten Weltkrieg auf. Aber vor allem fokussiert er detailliert auf die energiepolitischen Hintergründe geostategisch gezielt geführter gegenwärtiger Kriege – vom Tschetschenienkrieg Russlands und dem US-Golfkrieg über die Besetzung Afghanistans bis zur aktuellen Irakinvasion der Bush-Administration.

Eine Terrorbekämpfungs-Argumentation überantwortet er da-

bei der Propaganda, denn der schlimmste und am weitesten verbreitete Terror ist für ihn der Hunger. Aber: „Noch immer bestimmen die USA, was Terror ist und was ein ‚gerechter Krieg‘.“

Richtig wird vermutet, dass Bush junior mehr will als Öl, er will die Weltherrschaft, aber gerade dazu braucht er möglichst



viele Öl- und Gasreserven. Die größten Weltölvorräte liegen im arabischen Halbmond zwischen der Golfregion und den noch unerschlossenen Reserven in Zentralasien von Kasachstan bis Usbekistan.

Die innere Logik verweist auf ein Drittes-Weltkriegs-Szenario, da auch die Atomkräfte China, Russland, Indien und Pakistan an dem existenziellen Verteilungskampf um Öl, Gas und Pipelines

beteiligt sind, wie auch die Industriestaaten Europas und Japan.

Alts Prognose: „Der Energiehunger der Industriestaaten wird zum größten Gemetzel der Menschheitsgeschichte führen, wenn nicht der Umstieg auf erneuerbare Energien gelingt.“

Die erdgeschichtlich angefallenen Energieresourcen sind endlich, und sie werden bald verbraucht sein, ob in 40, 60 oder 120 Jahren ist fast nebensächlich. Die katastrophalen ökologischen Folgen der gegenwärtigen Energienutzung wie Treibhauseffekt und Klimawechsel sind mittlerweile auch unumstritten. Alt nennt es den „Krieg gegen die Natur“ und setzt dem ein nachhaltiges Wirtschaften entgegen.

Er führt eine breite Palette derzeit schon möglicher ökologisch sinnvoller Energiegewinnungstechniken auf: Energie sparen und Energieeffizienz, Windräder, Wasserkraft, Erdwärme, Solarzellen, solarer Wasserstoff, Biogas- und Biomasse-Energie sowie Strom und Wärme aus pflanzlichen Quellen. Ein System dezentraler Energieversorgung erscheint ihm folgerichtig als die intelligenteste und effektivste Vor-

beugung gegen Krieg und Terror.

Fazit: Franz Alts politische und ökologische Analysen sind belegt, durchdacht und stringent aufgebaut. Seine Schlussfolgerung erscheint allerdings im anvisierten Zeitrahmen machtpolitisch zu kurz gegriffen.

Seine Vision einer friedliebenden, paradiesischen Welt, die nachhaltig wirtschaftet und Reichtümer global gerecht verteilt, ist vor dem Hintergrund einer urchristlichen Haltung zu verstehen. So mischen sich bei ihm kritisches, politisches Engagement und seriöser Wissenschaftsjournalismus mit dem unausweichlichen christlichen Duktus der Bergpredigt, der naiv anmutet.

Sein Verdienst ist es, die beiden Themenfelder Frieden und Ökologie plausibel und anschaulich in Verbindung zu bringen, seine Schwäche liegt im ungenügenden Gewichten anderer politischer Bedingungen. Trotzdem bleibt dieses Buch hochaktuell, informativ und lesenswert.

Jürgen Brauweiler

Franz Alt: Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne. Riemann Verlag, München 2002, 330 Seiten, ISBN 33-570-50032-2, 17,90 Euro.

LANDESBEZIRK

Medien Galerie: „Filme gegen den Krieg“ bis 26. April, ab 29. April „Berliner Gewerkschaftshäuser vor dem 2. Mai 1933“, Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, 119).

VER.DI
IM INTERNET

<http://www.bb-verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

*Unter der neuen
Internetverbindung
www.bb-verdi.de
können ab sofort ausgewählte,
in Kürze alle „Sprachrohr“-
Ausgaben seit Beginn des
Erscheinens im Januar 1992
angesehen werden.
Wer in der Menüleiste
„Berufe & Branchen“ anklickt,
erhält unter FB 8 Medien,
Kunst und Industrie den
direkten Zugang zur Zeitung.*

FERNSEHTIPP:
OFFENER KANALErwerbslose
und andere Aktive
machen Fernsehen

Sonntags 20.30 – 21.00 Uhr
HeldInnen der Nichtarbeit be-
richten. 1. Sonntag im Monat:
Magazin, 2. Sonntag im Mo-
nat: Rund ums Fahrrad, 3.+ 4.
Sonntag im Monat: Spezial

Montags 19.00 – 19.30 Uhr
HeldInnen der Nichtarbeit be-
richten life

Donnerstags 19.30 – 20.00 Uhr
1. + 3. Donnerstag im Monat
a.i.d.a., 2. + 4. Donnerstag im
Monat kanalB

Offene Redaktionssitzung
a.i.d.a. (Arbeiter-Interessen
darstellen + aneignen): Mon-
tags 16 Uhr, Dudenstr. 10,
ver.di_aida2002@yahoo.de

Offene Redaktionssitzung
HeldInnen der Nichtarbeit:
Mittwochs 16 Uhr, Dudenstr.
10, hdna@gmx.net

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden er-
sten Mittwoch im Monat um 18
Uhr im Container des Gewerk-
schaftshauses, Köpenicker Str. 55.

JOURNALISMUS

**Bundesdeutsche Presseaus-
weise:** Neuausstellung oder Ver-
längerung montags bis donners-
tags von 8.30 bis 16.30 Uhr.
(Tel: 030/86 31-24 20)

Presseausweis der IOJ: Jeden
zweiten Dienstag im Monat von 13
bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55,
Zi.524 (Tel: 030/86 31-24 21).E-
mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Journalistenstammtisch: jeden
vierten Montag im Monat ab
19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“
(Empore), Stresemannstr. 90, ge-
genüber Anhalter Bahnhof. Am
28. April ab 19.30 Uhr Veran-
staltung mit Andreas Köhn,
ver.di-Fachbereichsleiter Medien,
u.a. zum Thema Pauschalverträge,
Vertragsbestandteile und All-
gemeine Geschäftsbedingungen.

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Je-
den 1. Montag im Monat ab 20
Uhr im Bistro Café am Arsenal,
Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel.
030/ 214 14 77).

**Stammtisch für Kleindarstel-
ler:** Jeden 1. Dienstag im Monat
ab 18 Uhr am gleichen Ort.

CONNEX.AV

„Second Tuesday“ Medien-
stammtisch, am 6.Mai,19 Uhr im
Oberbaum-Eck, Bevernstraße 5.
Thema: „Was ich schon immer
mal wissen wollte...“ Individuelle
Rechtsfragen rund um das so ge-
nannte Normalarbeitsverhältnis.
Abschließen eines Arbeitsvertrags,
Verhandeln über eine Gehaltser-
höhung, Umgehen mit einer Ab-
mahnung, Verhalten bei Eigen-
kündigung oder Kündigung durch
den Arbeitgeber – zu solchen und
anderen Themen antwortet ver.di-
Jurist Steffen Damm.

LITERATUR

**SchriftstellerInnen in die Schu-
len!** Wer hat Interesse an der
Durchführung von Veranstaltun-
gen/Kursen mit Kindern in Ganz-
tagsschulen (Grundschulen) über

ein Schuljahr? SchriftstellerInnen
und Schriftsteller sollen den Kin-
dern Freude am Schreiben und
Lesen vermitteln. Wer Interesse
hat, meldet dies bitte bis zum 30.
April schriftlich an die Geschäfts-
stelle!

VS-Stammtisch: Jeden ersten
Donnerstag im Monat, ab 19.00
Uhr, im „Terzo Mondo“, Grol-
manstr. 28. Das Terzo Mondo
liegt zwei Minuten vom U-Bahn-
hof Uhlandstr. (U 15) entfernt
und ebenso nur wenige Minuten
vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu
erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

Lesungen und Vorträge zum
70. Jahrestag der Bücherverbren-
nung am 10. Mai. Veranstal-
tungsorte und -zeiten bitte in der
Geschäftsstelle erfragen (Tel. 86
31-24 03).

KULTUR & BÜHNEN

**Sitzungen des Geschäftsfüh-
renden Vorstands** der Fach-
gruppe 10 finden alle drei Wo-
chen statt. Rückmeldungen über
die Teilnahme bitte rechtzeitig an
Georgia Weiland (Tel. 86 31 24
12), damit stimmberechtigte
Nachrücker eingeladen werden
können. Nächste Termine: 28.
April, 19. Mai und 16. Juni.

MUSIK

**Wir arbeiten nicht im Verbor-
genen!** Alle Mitglieder sind herz-
lich zu den Sitzungen des Landes-
und Bezirksfachgruppenvorstandes
Berlin-Brandenburg eingeladen!
Die Vorstände tagen von 9.00 bis
12.30 Uhr, Köpenicker Str. 55,
Raum 5.21, am 9. Mai (Bezirks-
fachgruppenvorstand) und 20. Ju-
ni (Landesfachgruppenvorstand).

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

**Die Erwerbslosen von ver.di
Berlin** treffen sich jeden 2. und
4. Donnerstag im Monat um
17.30 in der Köpenicker Str. 55.
Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und
Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34)
sind ehrenamtliche Sprecher.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten
Montag jedes Monats um 14 Uhr
in der Begegnungsstätte der
Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden
zweiten und vierten Mittwoch im

Monat um 15 Uhr im Restaurant
„Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof
46, 12103 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: 23.
April, 10.30 Uhr, Besuch des Wä-
schereimuseums Köpenick. Auch
mit Kaffee und Kuchen. Deshalb
Anmeldung bei Helga Deglmann,
Tel. 499 136 37 (Fahrverbindung
im nächsten Seniorenecho).
30. April, 14.00 Uhr, Versamm-
lung im Saal 3 Block B (gegenü-
ber dem Großen Sendesaal): In-
formation und Aussprache über
das neue Mietrecht.

SEMINARE

Non Profit Radio: Bildungswerk,
Hörfunkschule Berlin, Haus der
Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965
Berlin. Informationen zu aktuel-
len Kursen: 030/68 30 20 90 oder
unter: www.radiokurse.de.

**Gesellschaft für innovative Bil-
dung mbH (BSD) Berlin:** Com-
puterkurse sowohl an Abenden
oder auch am Wochenende, In-
fos: 030/44 37 60, Fax: 030/9 25
38 31, E-Mail: info@bsd-berlin.de

Sprachrohr 3/03

erscheint am 24.6.03
Redaktionsschluss am 1.6.03

Impressum

Sprachrohr – Informationen
für ver.di Mitglieder in
Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8
Medien, Kunst und Kultur, Druck
und Papier, industrielle Dienste und
Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn
(verantwortlich). Anschrift von
Herausgeber und Redaktion:
Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.
Tel: 030/86 31-0.
Redaktionelle Betreuung:
Helma Nehrlich, transit berlin.
pro media, Torstraße 177,
10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96 -64,
Fax: 030/61 30 96-66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei
Medien + Kommunikation,
Prinzessinnenstraße 30,
10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0,
info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph,
Waisenstraße 1, 10179 Berlin,
Tel: 030/5 66 57 53,
Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH,
Am Treptower Park 28-30,
12435 Berlin.
*Auch unverlangt eingesandte
Manuskripte werden sorgfältig
behandelt. Sprachrohr erscheint
sechsmal im Jahr, Bezugspreis
5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mit-
glieder im Beitrag enthalten.*

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Behinderung des Betriebsrates: ver.di erstattet Anzeige

Anfang April ging bei der Staatsanwaltschaft in Berlin-Moabit eine arbeitsrechtlich bedeutsame Anzeige ein: ver.di wirft Hans Röder und seinem Sohn Uwe Röder, beide Gesellschafter beim Druckhaus Berlin-Mitte, sowie dem Geschäftsführer des Unternehmens, Herbert Preißler, erhebliche Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz vor. Manfred Föllmer, als Fachsekretär bei ver.di zuständig für den Bereich Druck und Papier: „Die angesprochenen Personen haben seit Anfang Ja-

Betriebsrat unter Druck

nuar 2003 den Betriebsrat bei der Ausübung seiner Arbeit massiv behindert oder gestört.“

Auf einer Belegschaftsversammlung am 8. Januar sprach Hans Röder, zu diesem Zeitpunkt Gesellschafter der „Druckhaus Berlin-Mitte GmbH“, über die schwierige Wirtschaftslage des Unternehmens. Dabei stellte Röder einen direkten Zusammenhang zwischen der angespannten Situation und der Betriebsratswahl im Juni des Vorjahres her. Angeblich ginge es seit diesem Zeitpunkt mit dem Unternehmen, in dem es zuvor jahrelang keine Mitarbeitervertretung gegeben hatte, rapide bergab. Röder erklärte weiter, dass eine Aufrechterhaltung des Betriebes sinnvoll sei, wenn alle Mitarbeiter an einem Strang ziehen würden. Allerdings knüpfte er daran erhebliche Bedingungen:

Von den Arbeitnehmern forderte er einen fünfprozentigen Lohnverzicht, außerdem kündigte er fünf weitere Entlassungen an. Die Gesellschafter würden ihrerseits einen Sanierungsbeitrag zur Rettung des Betriebes aufbringen

und seien bereit, die Miete für die Betriebsstätte für drei Monate zu stunden. Als letzte, unumstößliche Bedingung forderte Röder von der Belegschaft, auf den Betriebsrat zu verzichten. Dieser müsse zur Rettung des Unternehmens unverzüglich aufgelöst werden.

Hans Röder schloss seine Ausführungen mit der Drohung, den Betrieb zu schließen und Insolvenz anzumelden, wenn nicht alle Punkte Berücksichtigung fänden. Insbesondere sei der Rücktritt des Betriebsrats Grundbedingung für die Zugeständnisse der Gesellschafter. Am Ende der Belegschaftsversammlung forderte Röder die Arbeitnehmer dazu auf, dem Konzept bei der Geschäftsleitung schriftlich zuzustimmen. Nach der Versammlung führte der Geschäftsführer Herbert Preißler Gespräche mit einzelnen Mitarbeitern. Er drängte sie, eine pauschale Zustimmungserklärung zum Sanierungskonzept zu unterschreiben. Die einzelnen Punkte, denen sie beipflichten sollten, waren darin nicht aufgeführt.

Auch in der Folgezeit wurde Preißler aktiv: Mehrmals forderte er den Betriebsratsvorsitzenden Bernhard Richter persönlich auf, den Betriebsrat aufzulösen, teilweise mit der Drohung verbunden, anderenfalls unverzüglich Insolvenz anzumelden. Uwe Röder drohte ebenfalls mehrmals gegenüber Betriebsratsangehörigen mit der Vernichtung von 80 Arbeitsplätzen, wenn der Betriebsrat nicht zurücktreten würde. So betonte er, dass die Gesellschafter die erforderlichen Investitionen nur tätigen würden, wenn ihnen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nicht in die Quere kämen.

Die Vorfälle haben das Arbeitsklima im Druckhaus Berlin-Mitte erheblich gestört. Die Verunsicherung in der Belegschaft wurde

so groß, dass es zu Anfeindungen gegenüber dem Betriebsrat kam. Mit ihren Machenschaften ist es der Geschäftsführung gelungen, die Belegschaft massiv einzuschüchtern. Dies ging so weit, dass einige den Betriebsrat zum Rücktritt aufforderten, obwohl sie ihn erst wenige Monate zuvor gewünscht und gewählt hatten.

Der doppelte Druck von Seiten der Geschäftsleitung und von den Kollegen führte auch innerhalb des Betriebsrats zu einer Spaltung. Die Mitglieder mussten durch ihre Tätigkeit erhebliche persönliche und betriebliche Nachteile erleiden. Die meisten waren so demoralisiert, dass sie entnervt zurücktraten. Nur drei Kollegen verblie-

Es kann Vorsatz unterstellt werden

ben im Betriebsrat und weigern sich weiterhin, individuell zurückzutreten. In einem Flugblatt haben sie die Mitarbeiter darauf hingewiesen, dass nach dem Gesetz ein Betriebsrat nicht einfach auf Wunsch der Belegschaft aufgelöst werden kann. Dies sei nur über einen begründeten Antrag beim Arbeitsgericht möglich. Da das Betriebsverfassungsgesetz für einen Betrieb dieser Größe fünf Betriebsräte vorsieht, versuchten die Drei, Neuwahlen einzuleiten – bisher vergeblich. Einstweilen führen sie die Betriebsratsarbeit weiter, bis eine Lösung gefunden ist.

Für viele Belegschaftsmitglieder ist das Maß voll: Mehrere Mitarbeiter sprachen bei ver.di vor und forderten die Gewerkschaft auf, Strafanzeige gegen das Druckhaus zu stellen. ver.di stellt sich diesem Ansinnen: „Wenn Machenschaften wie im Druckhaus nicht Einhalt geboten wird, kann man das Betriebsverfassungsgesetz gleich einstampfen und braucht mit Betriebsratsarbeit gar nicht mehr anzufangen“, sagt Manfred Föllmer. Die angeblichen Zugeständnisse der Gesellschafter rücken alles in ein noch trüberes Licht angesichts der Tatsache, dass sich das Haus in der Schützenstraße im Besitz der Gesellschafter befindet. Von der eigenen Druckerei verlangen diese das Dreifache der branchenüblichen Miete.

ver.di hat Anfang April bei der Staatsanwaltschaft unter Berufung auf § 119 BetrVG Anzeige wegen Behinderung oder Störung des Betriebsrates erstattet. Für die Vorgänge auf der Belegschaftsversammlung vom 8. Januar sowie für die darauf folgenden Versuche der Einflussnahme und Bedrohung des Betriebsrats gibt es eine Reihe von Zeugen. Da davon auszugehen ist, dass die Beschuldigten als Gesellschafter bzw. Geschäftsführer Kenntnis vom BetrVG besitzen, kann ihnen vorsätzliches Handeln unterstellt werden, argumentiert ver.di weiter. Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob sie Anklage gegen das Druckhaus Berlin-Mitte erheben wird.

Ute C. Bauer

ANZEIGE

Linkliste gegen den Krieg www.bleifrei-berlin.de

- Veranstaltungen, Kontakte, Aktionen Berlin und weltweit
- Unabhängige Informationen, Hintergründe, Erklärungen